Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserationsgebühr beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. Organ für die werktätige Bevölkerung. Telephon Expedition 1206.

Nr. 136. 162 Dienstag, den 14. Juli 1908. 19. Jahrgang.

Ist die Armut unüberwindlich?

Unsere Gegner glauben felsenfest an die unbegrenzte Fortdauer des Klassenstaates, und man verfemt die auf dessen Abschaffung gerichteten sozialdemokratischen Bestrebungen als verruchten Umsturz, oder verhöhnt sie als Utopie. Eine klassenlose Gesellschaftsverfassung kann man sich gegnerischerseits entweder gar nicht vorstellen, oder man hält sie unvereinbar mit der Kultur und fürchtet von ihr einen Rückfall in unleidliche Zustände vergangener Zeiten.

Untersucht man die Gedankengänge der Gegner auf ihren letzten Grund, so stößt man auf die versteinte Meinung, daß gar nicht so viel Lebensmittel und Bedarfsgüter erzeugt werden können, um alle zu befriedigen oder auch nur satt zu machen, namentlich bei starker Bevölkerungsziffer. Die Scheidung zwischen Besitzenden und Besitzlosen, Viel- und Wenigbesitzenden, ließe sich deshalb schlechterdings nicht aus der Welt schaffen, oder wie die vulgäre Redensart lautet: „Es hat immer Reiche und Arme gegeben“, mit dem bornierten Zusatz: „folglich wird es solche auch immer geben“; eine logisch ebenso zutreffende Schlußfolgerung, wie das Räsonnement südseeinsularischer Kannibalen: „Es hat immer Menschenfresser gegeben und es wird solche auch immer geben.“

Wie verhält es sich damit? Ist die Natur etwa zu arm, um aus ihr so viel Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter herauszuholen, daß der Tisch des Lebens für alle reichlich bestellt werden könnte? Oder fehlt es an den hierzu nötigen Arbeitskräften und technischen Arbeitsmitteln?

Man braucht keinen weitläufigen statistischen Apparat aufzufahren, um zur Ueberzeugung zu gelangen, daß beide Fragen entschieden zu verneinen sind. Die Geschichte der Produktion zeigt auch bei oberflächlichem Ueberblick, daß unerschöpfliche Schätze aller Art, die im Schoß der Erde viele Jahrtausende verborgen gewesen sind, vom Späherblick fortschreitenden Wissens nach und nach entdeckt und vom menschlichen Fleiß gehoben und für menschliche Zwecke zugerichtet und verwertet wurden. Woraus unbedingt gefolgert werden darf, daß in den Speichern der Natur noch die mannigfaltigsten Schätze in strotzender Fülle schlummern, die der Erschließung und Nutzbarmachung harren.

Noch mehr: bei nur oberflächlichem Ueberblick auf den nach Qualität und Teilnehmer gesteigerten und stets zunehmenden Luxus und Komfort muß man den Eindruck gewinnen, daß schon heute eine solche Vielheit von allerlei Lebensmitteln produziert wird, daß bei gleichmäßigerer Verteilung niemand zu darben brauchte und alle eine kulturwürdige Existenz haben könnten. Welcher Eindruck erhärtet wird, wenn man die Vermögenstabellen nach der Steuerveranlagung (die bei den großen Vermögen sogar weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt!) heranzieht.

Indessen kann von der heutigen Produktionshöhe ganz abgesehen werden: entscheidend für unser Thema ist die von uns behauptete Steigerungsfähigkeit und -Möglichkeit der Produktion zu dem Grad von Ergiebigkeit, daß für alle genug und übergenug vorhanden ist.

Die klassenstaatliche Produktion ist schwer eingeengt in den kapitalistischen Fesseln. Ihr Ziel ist nicht Erzeugung für den Bedarf aller, sondern für den Profit einzelner. Dieser hängt ab von dem Absatz der Waren. Der Absatz selbst aber richtet sich nach der Zahlungsfähigkeit der Konsumenten. Die — infolge der heutigen Güterverteilung — ärmere und arme Bevölkerung kann nicht kaufen, was sie noch so dringend nötig hätte oder lebhaft begehrt. Sie kommt daher für den Absatz verhältnismäßig wenig in Betracht. Und weil diese Bevölkerung weitaus die Mehrheit bildet, darum sucht die Produktion sich annähernd dem Bedarf der zahlungsfähigen Minderheiten anzupassen, auf diese sie zu reduzieren. Es werden daher von den meisten Gütern nicht solche Quantitäten erzeugt, die erzeugt werden könnten, sondern weit weniger.

Bei der Zersplitterung der Betriebe — der „anarchischen Produktionsweise“ — ist freilich eine „Ueberproduktion“ von Zeit zu Zeit unvermeidlich. Aber eben diese beweist klar, was wir dargelegt. Denn ihr Sinn ist nicht, es sei zu viel vorhanden für den Bedarf — da es doch viele Tausende gibt, die an diesen Waren Mangel leiden —, sondern für den Absatz, den profitmäßigen Absatz.

Die Krisen neuerer Zeit sind nicht Krisen aus Mangel, sondern an Ueberfluß. Sie entstehen nicht, wie frühere, weil aus irgend welchen Gründen nicht genug Gebrauchsartikel hergestellt sind, sondern umgekehrt, weil die Magazine zu voll sind, weil zu viel produziert ist und die Fabriken wie die Händler keinen Absatz für ihre Vorräte haben. Die meisten Lager sind überfüllt.

Es ist bekanntlich schon manchmal vorgekommen, daß große Quantitäten landwirtschaftlicher Produkte (z. B. Korinthen) von den vereinigten Produzenten ins Meer versenkt oder sonstwie vernichtet wurden, um deren Preise in die Höhe zu treiben. Ein drastischer Beleg für das Gesagte. Und gehören nicht auch die Agrarzölle in dieses Kapitel? Zeigen sie nicht, daß die Natur Getreide und sonstige Produkte überreichlich hervorbringt? Aber man läßt sie nicht herein, ohne sie mit Zöllen zu verteuern und damit den Konsum der Massen zu schmälern, um die Preise hinaufzuschrauben! Aehnlich die Grenzsperren! — Hierzu kommt außerdem, daß die Privatproduktion in ihren Mitteln immer beschränkt bleibt, auf so großem Fuß sie auch betrieben wird respektive werden möchte. Sogar kapitalkräftigste Produktionsgenossenschaften müssen in Bezug auf die Verwertung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, Einstellung von Arbeitermassen und Verwendung technischer Hilfsmittel hinter der in jedem Betracht sie weit überflügelnden Gesellschaft zurückstehen.

Für die Erzeugung der Brotfrucht allein ist der vorhandene Grund und Boden noch nicht entfernt so ausgenützt, als er werden könnte. Fr. Engels schrieb in der „Neuen Zeit“: „Großbritannien kann nach der Berechnung der tüchtigsten Oekonomen und Statistiker in zehn Jahren dahin gebracht werden, daß es Korn genug für das Sechsfache seiner jetzigen Bevölkerung produziert.“ — Bebel schreibt in der „Frau“: „Weite Landstrecken, die bis jetzt fast unfruchtbar oder wenig fruchtbar sind, ließen sich durch künstliche Bewässerungsanlagen in fruchtbare Gegenden verwandeln. Wo jetzt kaum die Schafe dürftige Nahrung finden und günstigen Falles schwindsüchtige Föhren die mageren Aeste gegen den Himmel recken, könnten üppige Ernten gedeihen und eine dichte Bevölkerung reichlich Nahrung und Genuß finden. So ist es z. B. nur eine Frage des Arbeitsaufwands, um die weiten Sandstrecken der Mark, des „Deutschen Reiches Streusandbüchse“, in ein Eden an Fruchtbarkeit zu verwandeln.“ Er zitiert einen amtlichen Bericht des Reichskommissärs über die Weltausstellung in Chicago 1893, wonach Wassergenossenschaften zum Zweck der Gemüse- und Obstzucht auch bei uns aus Wüsten Paradiese schaffen könnten. Aber weder die Klein- noch die Großgrundbesitzer der Mark können die nötigen Meliorationen, Kanalbauten, Bewässerungs-Anlagen, Bodenmischungen usw. vornehmen, und so bleiben weite Strecken unmittelbar vor den Toren der Reichshauptstadt in einem Kulturzustand, der späteren Generationen unbegreiflich erscheinen wird. Anderseits würden durch Kanalisationen weite Sumpfstrecken, Moore und Moorland entwässert und der Kultur gewonnen, und die Wasserläufe könnten für die Fischzucht ausgenutzt werden und lieferten damit eine ergiebige Nahrungsquelle.

Die rationelle Zucht der Pflanzen und Tiere aller Art steht bereits auf einer solchen Höhe, daß nur das Privateigentum und die Privatwirtschaft das unübersteigbare Hindernis bilden, das Beste an vegetabilischer und Fleischkost in solchen Mengen zu produzieren, daß niemand es entbehren müßte.

Die Armut ist also nicht unüberwindlich, sondern sie kann mit den Hilfsmitteln des Geistes von einer Gesellschaft überwunden werden, die nicht mehr zum Wohle einer Herrscherkaste, sondern zum Wohle aller arbeitet.

Politische Uebersicht.

„Gefährlicher als die Sozialdemokratie!“ So was gibts doch garnicht, wenigstens nicht für den guten Patrioten vom Schlage des schlesischen Schleifsteins, werden vermutlich unsere Leser glauben. Das ist aber doch nicht der Fall. Es gibt eine Kategorie von Geschöpfen, die beinah so schlimm sind, als die Roten, das sind die Berliner nationalökonomischen Professoren, und dann eine Gruppe, die sogar schlimmer als die Sozialdemokratie ist, das sind die

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Heß.

50] (Nachdruck verboten.)

„Die Straße säubern!“ schrie der Offizier.

Die Mutter sah zehn Schritte vor sich wieder einen dichten Menschenhaufen. Die Leute brüllten, brummten, pfiffen, traten langsam zurück und strömten in die Höfe.

„Vorwärts, Du Teufel!“ schrie ein junger schnurrbärtiger Soldat neben der Mutter ihr direkt ins Ohr und stieß sie auf das Trottoir.

Sie ging auf die Fahnenstange gestützt und ihre Beine knickten ein. Um nicht zu fallen, klammerte sie sich mit der anderen Hand an die Wände und Zäune. Vor ihr wichen die Menschen zurück, neben ihr und hinter ihr schritten Soldaten, die schrien:

„Vorwärts, vorwärts...“

Die Soldaten überholten sie, sie blieb stehen und blickte um sich. Am Straßenende standen wieder Soldaten in einer dünnen Kette, die den Weg auf den freien Platz versperrten. Der Platz war leer. Vorne bewegten sich ebenfalls graue Gestalten langsam auf die Menschen zu...

Sie wollte sich umwenden, ging aber unwillkürlich wieder vorwärts, und als sie an die Ecke gelangte, bog sie in die schmale und leere Gasse ein.

Wieder machte sie halt, horchte und atmete schwer. Irgendwo vorne tobte das Volk.

Sie schritt weiter, schwitzte stark, bewegte die Lippen, schwenkte die Hand, und in ihrem Herzen blitzten wie Funken Worte auf, drängten sich zusammen und entzündeten in ihr den hartnäckigen, heftigen Wunsch, sie auszusprechen, hinauszuschreien...

Die Gasse machte eine scharfe Biegung nach links, und hinter ihr sah die Mutter einen großen, dichten Menschenhaufen. Eine Stimme sprach laut und kräftig:

„Aus bloßer Skandalsucht läuft man nicht in Bajonette!“

„Und wie haben sie sich benommen, ah?“ Man geht gegen sie los — sie aber halten stand, ganz furchtlos.“

„Ja — a...“

„Sieh einer den Pawel Wlassow!“

„Und der Kleinrusse...“

„Hände auf den Rücken, lacht der Teufel...“

„Ihr lieben Leute!“ rief die Mutter, sich in die Menge drängend. Man wich ehrerbietig vor ihr auseinander. Jemand lachte:

„Sieh da — mit der Fahne! In der Hand da die Fahne!“

„Schweig!“ sagte mürrisch eine andere Stimme.

Die Mutter breitete die Hände weit aus...

„Hört zu... um Christi willen! All ihr — Lieben... all ihr — Herzensfreunde... blickt ohne Furcht drein... ohne Angst... Unsere Kinder, unser Blut, gehen der Wahrheit nach, suchen uneigennützig den Pfad für einen neuen, geraden, breiten Weg! Für uns alle, für Eure Kleinen haben sie das schwere Kreuz auf sich genommen...“

Ihr Herz zerriß, in ihrer Brust war es eng, im Halse trocken und bitter. Tief in ihrem Innern entstanden Worte einer großen, alles und alle umfangenden Liebe, die ihr die Zunge verbrannten und sie immer stärker, immer freier in Bewegung setzten.

Sie sah: man schwieg, man hörte ihr zu; sie fühlte: die Leute glaubten ihr, umringten sie dicht, und in ihr wuchs der Wunsch — jetzt schon ihr selbst klar — die Leute dorthin zu treiben, hinter ihrem Sohn, hinter Andrej her, hinter allen, die sich den Soldaten in die Hände gegeben, allen, die dort allein geblieben waren, von denen man sich getrennt hatte.

Sie betrachtete die finsteren, aufmerksamen Gesichter ringsum und fuhr weich fort:

„Unsere Kinder gehen zur Freude in die Welt, sie gehen für alle und um der christlichen Wahrheit willen, gegen alles, womit uns unsere bösen, falschen, gierigen Feinde gefangen genommen, gebunden und bedrückt haben! Meine Herzensfreude — da hat sich unser junges Blut für das ganze Volk erhoben, für die ganze Welt, für alle Arbeiter sind sie dahin gezogen... Geht nicht von ihnen, laßt die Kinder nicht allein auf dem Wege. Habt Mitleid mit Euch selbst... glaubt Euren Söhnen — sie haben die Wahrheit gefunden, ihre Herzen sind davon entbrannt, sie gehen ihretwegen zugrunde. Glaubt ihnen!“

Ihre Stimme riß ab, sie schwankte, man faßte sie unter den Arm...

„Gott hat gesprochen!“ rief jemand erregt und dumpf. „Gott selbst aus ihrem Munde, lieben Leute! Hört zu.“

Ein anderer äußerte sein Bedauern:

„Ach, wie sie sich quält!“

Man machte ihm Vorwürfe.

„Sie quält sich nicht, sondern straft uns Narren... begreif' das!“

Ueber die Menge hin wand sich eine hohe zitternde Stimme:

„Rechtgläubige! Mein Mitja, die reine Seele, ist hinter den Kameraden hergezogen, hinter den lieben... Sie sagt die Wahrheit. — Warum lassen wir unsere Kinder im Stich? Was haben sie uns Schlimmes getan?“

Die Mutter zitterte unter diesen Worten und ihre Antwort waren leise Tränen.

„Geh nach Hause, Nilowna, geh, Mutter! Du bringst Dich um!“ sagte Ssisow rasch.

Er war blaß, sein Bart war zerzaust und zitterte. Plötzlich runzelte er die Augen, überflog alle mit strengen Blicken, richtete sich gerade auf und sagte gebieterisch:

„Mein Sohn Matwej ist in der Fabrik umgekommen... Ihr wißt das. Aber wenn er am Leben wäre — würde ich ihn selbst zu ihnen, zu denen da, schicken. Ich würde selbst sagen: Geh Du auch, Matwej! Geh, das ist richtig... Das ist — ehrenhaft!“

Er brach ab, verstummte, und alle schwiegen verdrießlich, von etwas Ungeheurem, Neuem stark umfangen, das sie aber schon nicht mehr ängstigte. Ssisow erhob die Hand, schüttelte sie und fuhr fort:

„Ein alter Mann spricht. Ihr kennt mich. Neununddreißig Jahre arbeite ich... dreiundfünfzig Jahre lebe ich in der Welt. Meinen Neffen, einen sauberen, klugen Jungen haben sie heute wieder aufgegriffen... er ist auch vorne neben Wlassow gegangen... dicht neben der Fahne!...“ Er machte eine Handbewegung, bückte sich, ergriff den Arm der Mutter und sagte:

„Dieses Weib hat die Wahrheit gesagt... Unsere Kinder wollen in Ehre, in Vernunft leben, und wir haben sie im Stich gelassen... sind fortgegangen, ja! Komm, Nilowna...“

„Ihr lieben Leute!“ sagte sie, alle mit verweinten Augen anblickend, „Den Kindern gehört das Leben, ihnen gehört die ganze Erde!“

„Komm, Nilowna, da nimm den Stock,“ sagte Ssisow und reichte ihr das Bruchstück der Fahnenstange.

Man blickte voll Kummer und respektvoll auf die Mutter und lärmendes Mitgefühl begleitete sie. Ssisow entfernte die Menschen schweigend, sie traten wortlos beiseite, schritten, einer unklaren Macht gehorchend, langsam hinter der Mutter her und tauschten halblaute Bemerkungen aus.

Bei ihrem Hauseingange wandte sie sich zu ihnen um, stützte sich auf die Fahnenstange, verbeugte sich und sagte leise und erkenntlich:

„Ich danke Euch...“

Und wieder fiel ihr ihr Gedanke ein — der neue Gedanke, den, wie sie glaubte, ihr Herz geboren hatte — und sie sprach ihn aus:

„Unser Herr Jesus Christus wäre nicht, wenn nicht Menschen zu seinem Ruhm umgekommen wären...“

Die Menge blickte sie schweigend an.

(Fortsetzung folgt.)

Macher des „Simplicissimus". Gegen ihn fördert die Tante folgende Anschluß-Entrüstung zu Tage:

„Vor einiger Zeit hat Dr. Moriz Naumann in der ersten Hauptversammlung des Hamburgischen Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie einen Vortrag über die politische Lage und die nationalen Parteien gehalten, der neulich als erstes Heft der Schriften dieses Verbandes im Druck erschienen ist. Der Verfasser beleuchtet u. a. einen Krebsschaden, der am Marke des deutschen Volkes zehrt: die Freude daran, alles herunterzureißen und in Schmutz zu ziehen, was bisher für ehrwürdig und heilig gegolten hat: Religion, Vaterland, Sitte." Dr. Naumann sagt:

„Jene Geistesrichtung, die man nach dem Witzblatt, das ihr am meisten Ausdruck verleiht, „Simplicissimus"-Stimmung genannt hat, hat gerade diejenigen Kreise ergriffen, die am meisten berufen wären, der Nation voranzugehen, Vorbilder zu schaffen an Pflichttreue, Hingebung und Opferwilligkeit. Wenn wir mit den Sozialdemokraten im Kampfe stehen, so sind es zwei Weltanschauungen, die miteinander ringen. Bei jenen Leuten aber ist nichts von einer Idee zu entdecken, für die sie kämpften, dort ist nichts erkennbar als Freude an Schmutz und Bosheit, oft nichts anderes als Spekulation auf die niedrigsten Triebe der menschlichen Seele. Ein Beispiel ist bezeichnend dafür: Sehen Sie sich an, mit wie abstoßenden, gemeinen Zügen der „Simplicissimus" die Gestalt darstellt, in der man das deutsche Volk versinnbildlicht, die Germania, und vergleichen Sie damit die vornehme, edle Gestalt, mit der das englische Witzblatt „Punch" die Britannia zeichnet.

„Ich halte diese Richtung auch für gefährlicher, als die Sozialdemokratie; sie nimmt den Kreisen, die sie ergriffen hat, jede sittliche Kraft, sie macht sie unfähig zu derjenigen Hingebung und Anspannung der Kräfte, deren jede Nation bedarf, die sich im Kampfe ums Dasein behaupten will. Welch trauriges Ergebnis unserer Entwickelung! Jahrhunderte hindurch ist unser Volk erfüllt von der Sehnsucht nach einem einigen, mächtigen Reich, nach einem starken Kaisertum. Und als nun das Ziel dieser Sehnsucht erfüllt ist, da sehen wir ein Geschlecht heranwachsen, dem alles das wertlos erscheint, das nichts als Spott und Hohn übrig hat für Vaterland und Vaterlandsliebe, das Freude daran empfindet, sein eigenes Nest zu beschmutzen, sein eigenes Volk vor anderen Völkern herabzusetzen."

Dieses Urteil trifft den Nagel auf den Kopf. Die Nutzanwendung für die Vaterlandsfreunde ergibt sich von selbst.

Es kann uns nur erwünscht sein, wenn die scharfmacherische Presse jede unabhängige Geistesrichtung, jede kritische und oppositionelle Gruppe Deutschlands zu uns herüber bugsiert. Alles, was frei denkt und handelt, gehört aber an die Seite der Sozialdemokratie.

Die Besteuerung des Lichts und der Juden. Die Steuerpläne der Regierung atmen eine grenzenlose Verlegenheit. Jetzt meldet der „Berliner Lokal-Anzeiger":

„Die neuen Steuervorlagen, die im Reichsschatzamt vorbereitet werden, dürften voraussichtlich erst im September an den Bundesrat gelangen. Aus wohlunterrichteten Kreisen wird uns mitgeteilt, daß außer einer Steuer auf Gas und elektrisches Licht auch eine durchgreifende Branntweinsteuerreform geplant ist, entsprechend den namentlich auch von seiten der Linken im Reichstag geäußerten Wünschen."

Eine Steuer auf Gas- und elektrisches Licht ist so ziemlich das unsinnigste, was an Steuerplänen ausgeheckt werden kann. Anstatt die Petroleumbelastung zu beseitigen, sollen auch die anderen Mittel der Lichtverbreitung besteuert und verteuert werden. Herr v. Sydow, der Reichsschatzsekretär, will anscheinend beweisen, daß die Politik des Deutschen Reiches in jeder Hinsicht eine Politik gegen das Licht und für die Dunkelheit ist.

Man kann nicht annehmen, daß diese Lichtsteuer viel Freude bei den Steuerzahlern erregen wird. Und ob die angekündigte Branntweinsteuerreform wirklich den von seiten der Linken geäußerten Wünschen entsprechen, d. h. die gründliche Beseitigung der 40-Millionen-Liebesgabe und ohne reaktionäre Zutaten bringen wird, das wollen wir erst einmal abwarten. Inzwischen werden neue Pläne ausgebrütet: Irgend eine zuverlässige Seite will gehört haben, daß die Dividenden- und Umsatzsteuern für Banken endgiltig erledigt sei, da man sich von diesen Steuern nicht verspricht. Dagegen will man dem alten Gedanken einer Reichswehrsteuer praktischere Formen zu geben versuchen, und zwar in einer eigenartigen Verbindung mit der geplanten Erbschaftssteuer. Von der Erbschaft eines Erblassers, der nicht seiner Militärpflicht genügt hat, soll eine höhere als die regelmäßige Erbschaftssteuer erhoben werden. Man begründet es damit, daß der betreffende Erblasser seine militärfreie Zeit zum Verdienen habe nutzen können. Je nach dem Vermögen des Verstorbenen soll die Steuer in Klassen abgestuft sein.

Das ist eine so komplizierte Berechnung und Ausklügelung, daß man glauben muß, der Erfinder will eine reiche Judensteuer, welche die Offiziers- und Aristokratenfamilien schützt.

Das rote Konzil. Unter der Ueberschrift „Das rote Konzil" schreibt die „Post" und die mit ihr verschmolzene „National-Zeitung":

Das heurige rote Konzil wird, wie der „Vorwärts" mitgeteilt hat, in der Woche, die mit dem 13. September anhebt, zu Nürnberg tagen. Die provisorische Tagesordnung, die bei dem gleichen Anlaß vom Zentralorgan bekannt gegeben wird, verspricht keine sonderlichen Attraktionen. Ein Genosse wird sich über den Bildungsausschuß verbreiten, der der Sozialdemokratie in ihrer heutigen Fassion allerdings sehr Not tut; ein anderer — der Parteisekretär Gerisch — soll von Kasse und Presse erzählen, was für sozialdemokratische Verhältnisse immerhin eine eigenartige Zusammenstellung ist. Herrn Richard Fischer ist die Mission geworden, sich durch das Maifeierthema wacker durchzulügen; er bringt für sie wenigstens die schöne Gabe mit, nach Bedarf sich in Feuer zu reden und edle Leidenschaft markieren zu können. Ueber den neuen Kurs in der Sozialpolitik wird — sonst ein ernsthafter, nicht unsympathischer Mann — Herr Molkenbuhr schelten, und wie man ohne Steuern den Weg zur Reichsfinanzreform findet, gedenkt mit dem ihm eigenen Gepolter Herr Paul Singer uns zu zeigen. Das alles ist, wie gesagt, wenig aufregend und braucht zu seiner Erledigung kaum die sechs Wochentage, die nach Handwerksgebrauch und Herkommen ein richtiger sozialdemokratischer Parteitag dauern muß. Höchstens bei dem Thema Frauen- und Jugendorganisation, zu dem ein Genosse H. Müller sich vernehmen lassen will, dürften die Geister aufeinanderplatzen. Allein der Hauptübreiter für die parteimäßige Zusammenfassung grüner Jungen — Herr Liebknecht — weilt auch, wenn im September die Blätter gelb sich färben, noch immer in seiner Glatzer Billegiatur. So werden die Freunde dieser Organisation — es sind auch in den sozialdemokratischen Reihen nicht allzu viele — in der Hauptsache auf Solokunäste des Genossen Frank, des Mannheimer Anwalts und Reichstagsabgeordneten, angewiesen bleiben. Fröhlicher kann die Hatz bei der Sozialdemokratie über die zu organisierende Jugend werden. Die Zahl der unbezwungenen Genossinnen ist nicht gering und seit Auguste Bebel

Tode gibt es keinen mehr, der diesen Kräften, wenn sie losgelassen, mit einem aus humordurchzogener Seele aufquellenden Scherzwort wehren könnte. Wie es denn überhaupt mit dem Humor, selbst dem unfreiwilligen, neuerdings schlecht bestellt ist in der Partei der Weltwende. Bleierne Langeweile lagert über den sozialdemokratischen Gefilden. Alle Vorwärtsstrebenden, kritisch Veranlagten sind niedergeknüttelt. Der Terror hat gesiegt: nur die Orthodoxen, die ganz und gar Marxgläubigen, dürfen sich noch hören lassen. So ist die Sozialdemokratie allgemach in der Tat einmütig geworden. Einmütig aus Sterilität, aus geistigem Stillstand. In solcher Verfassung wird nach menschlicher Voraussicht sie auch in Nürnberg sich uns präsentieren.

Die Verteidiger der heutigen Ordnung haben es notwendig, in den Zeiten der Eulenburg-Enthüllungen die ernste Arbeit der Arbeiterklasse zu verhöhnen. Eine Gegenüberstellung der beiden Klassen könnte sonst dem dümmsten Michel die Schlafmütze von den Ohren ziehen. Bedauerlich ist, daß jetzt auch die „National-Zeitung" den „Post"mist weiterkarren muß.

Eine skandalöse Kinderprügelei. Von einem unglaublichen Vorkommnis wird der Chemnitzer Volksstimme auf Scharfenstein bei Zschopau gemeldet:

Eine ungeheuere Aufregung herrscht in unserem Orte. Im Herbste vorigen Jahres entwendeten ein 11- und ein 12jähriger Junge aus einer dem Schloßbesitzer gehörigen Hütte im Walde einige Gerätschaften und schafften sie in eine andere von den Jungen errichtete Hütte im Walde. Der elfjährige Junge wurde gerichtlich freigesprochen, womit sich diese Angelegenheit anscheinend erledigt hatte. Da erschien am letzten Sonnabend der Gemeindevorstand in Begleitung des Arztes Dr. Heriel, des Schutzmannes und des Postverwalters Eulert. Zugleich wurden drei Klassen Schulkinder in das betreffende Schulzimmer eingeführt. Der Lehrer forderte nun kurzerhand den jetzt 12jährigen Weber, der an dem oben erwähnten Vorkommnis beteiligt war, auf, vorzutreten. Der Lehrer übergab seinen Rohrstock dem Arzt zur Prüfung. Der Arzt hielt 50 Hiebe mit diesem Rohrstock auf das Gesäß des Knaben für angemessen. Ohne daß dem Jungen vorher der Grund der fürchterlichen Exekution bekannt gemacht worden wäre, mußte er sich auf eine Schulbank legen, und der kräftige Schutzmann wurde vom Gemeindevorstand beauftragt, dem armen Jungen die 50 Schläge zu verabreichen. Dieser Auftrag wurde vom Schutzmann ausgeführt. Kühl und teilnahmslos waren die genannten Herren Zeugen dieser Brutalität.

So unser Parteiblatt. Es schildert eine Szene, wie wir sie bisher nur aus dem afrikanischen Deutschland zu hören bekommen haben. Die Kinder haben aus Spielerei sich an fremdem Eigentum vergriffen und sind sich der Tragweite ihrer Handlungsweise am Ende gar nicht bewußt gewesen. Gegenüber diesem Sachverhalt ist die Verabreichung von 50 Rohrstockstreichen durch einen kräftigen Mann eine unerhörte Brutalität. Diese Brutalität wird jedoch noch weit übertroffen durch die Art ihrer Ausführung. Drei Klassen mußten diesem Prügelschauspiele beiwohnen. Die Gefühle, die sich der Kinder während der Exekution bemächtigt hatten, kann wahrscheinlich keine Phantasie ausmalen. Welche Gefühle der tiefsten Scham aber müssen erst in dem verprügelten Knaben dauernd Platz greifen, wenn er sich die Schande vergegenwärtigt, die ihm durch die Zeugenschaft der drei Schulklassen angetan worden ist. Wenn ein solcher Junge später blutige Rache an den Veranlassern dieser Prügelei und an der Gesellschaft nimmt, darf man sich wahrlich nicht wundern.

Von einem andern Fall der Anwendung der Prügelstrafe bei einem Schulkinde, das mit Wissen und Willen der Eltern nicht die Kirche besucht, wurde kürzlich aus Göttingen berichtet. Jetzt wird aus Hagen i. W. folgender dritter Fall mitgeteilt:

Ein Katholik, der mit einer evangelischen Frau verheiratet ist, läßt einen evangelisch getauften Sohn die katholische Volksschule besuchen, hält ihn aber vom katholischen Gottesdienst fern: der Kaplan prügelt den Jungen in der Schule so, daß er mehrere Tage die Schule nicht besuchen konnte. Hier ist dem Vater dadurch geholfen, daß auf seinen Antrag der Junge in die evangelische Schule eingeschult ist. Dem Vater wurde aber von der Behörde bedeutet, daß seine Strafverfügung und Beschwerde an die Aufsichtsbehörde wohl keinen Erfolg haben werde. Denn in der Schule herrsche der Geistliche, der die Prügel zu erteilen berechtigt sei, wenn die Eltern die Kinder von dem Kirchgang zurückhalten. Unpädagogisch sei solch Verfahren, aber die Schulverwaltung könne nichts ändern.

Solche Einprügelung von Liebe zum Christentum ist nicht nur in Hagen und Göttingen üblich. Natürlich wird damit nur das Gegenteil des gewünschten Erfolges erzielt — Kirchenfeindschaft.

Ein deutscher Luftflottenverein soll demnächst ins Leben gerufen werden. Die Vorarbeiten zu einer solchen Vereinigung sind bereits im Gange. Die Tendenz des Vereins wird sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur sein. Politisch soll er die Agitation für Schaffung einer großen Reichs-Luftflotte betreiben, wirtschaftlich soll er selbst lenkbare Luftschiffe erwerben und einrichten. Auch die Gründung einer Zeppelin-Luftschiff-Betriebsgesellschaft steht einer Meldung zufolge in Bälde bevor. Das Unternehmen soll als G. m. b. H. mit einem Kapital von 8 bis 10 Millionen Mark begründet werden. Außer Krupp soll noch ein zweiter Industrieller von Weltruf an diesem Unternehmen beteiligt sein.

In Deutschland, dem Lande, das zurzeit die meisten und besten lenkbaren Luftschiffe besitzt, bestehen schon jetzt drei Luftschiffbetriebsgesellschaften: die Friedrichshafener „Zeppelin-Luftschiff-Betriebsgesellschaft", die Berliner „Luftfahrzeug-Gesellschaft m. b. H." und die „Motorluftschiffahrt-Studiengesellschaft". Alle drei sind private Unternehmungen, hinter denen aber namhafte Firmen und Gesellschaften stehen. Daneben haben auch die Siemens-Schuckert-Werke den Bau eines Motorluftschiffes in Angriff genommen. Für alle diese Gesellschaften hat sich das Reich das Vorkaufsrecht der einzelnen Ballons vorbehalten und bald wird es heißen: Unsere Zukunft liegt in der Luft!

9 Uhr Vormittags: Erscheinen im Wahllokal. Der bürgerliche Wahlterrorismus fand im Kreise Oppeln bei der Urwahl wie bei der Hauptwahl in schöner Blüte. Auf dem Dominium D., so berichtet die „Neisser Zeitung", besteht der Gebrauch, daß Abends von den Arbeitern die Rapportbücher abgegeben werden, damit die Arbeit für den nächsten Tag eingetragen wird. So geschah es auch am 2. Juni. Als die Leute die Bücher wiedererhielten, war da neben anderen Dingen folgendes zu lesen:

„9 Uhr Vormittags: Erscheinen im Wahllokale. Gewählt wird der Lehrer . . ."

Natürlich ist der Lehrer gewählt. Selbstverständlich hat er für den Landrat Lucke und für den Stadtrat Neumann gestimmt. Die „Neisser Zeitung" mault wütend auf, weil sie der Meinung ist, solche Rapportzettel hat nur der Pfaff auszugeben und dann müßte es doch heißen: „Gewählt wird der Pfarrer . . ."

Verärgerte Studenten. Wegen Unstimmigkeiten mit dem Rektor der Universität Halle, der bei einem Streit über die Anerkennung katholischer Studentenverbindungen zugunsten der letzteren eingegriffen hatte, haben, dem „Tag" zufolge, in einem gemeinsamen Schriftstück fast sämtliche Verbindungen dem Senat erklärt, an dem Rektoratswechsel diesmal nicht teilzunehmen.

Zum Achtuhrladenschluß in Berlin. An der Abstimmung über den Achtuhrladenschluß haben etwa 60 Prozent der stimmberechtigten Berliner Geschäftsinhaber sich beteiligt. Die Zahlen sind noch nicht genau festgestellt, doch dürfte die Zweidrittelmajorität für den Achtuhrladenschluß vorhanden sein.

Die „Unentwegten" des Deutschen Flottenvereins werden, nach der „Deutschen Tageszeitung", dieser Tage unter Führung des Generals Keim in Weimar zusammentreten, um über ihre weiteren Entschlüsse zu beraten. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", ein Organ der Unentwegten, hatte zunächst gemeldet, daß nach ihren Informationen mindestens 140,000 Mitglieder aus dem Flottenverein austreten würden. Nach der „Deutschen Tageszeitung" sind aber bisher höchstens 20—30.000 Personen ausgetreten.

Schutz vor dem „Schutz"mann! In Offenbach kam es auf dem Weg vom Schützenplatz nach der Stadt zwischen dem Kaufmann Braß und dem Schutzmann Schmunk zu einem nächtlichen Wortwechsel, weil Schmunk eine sich in der Begleitung des Braß befindliche Dame belästigt hatte. Schmunk zog den Säbel und verletzte den Braß an der Hand schwer, ferner erhielt der Lehrer Kuch, der auch in der Begleitung des Braß war, einen Säbelhieb über den Kopf. Einer Frau wurde das Ohr durchgehauen. Die Verletzten wurden auf der nächsten Sanitätswache verbunden.

Ueber das Verhältnis des Reichskanzlers Bülow zu dem Geheimrat von Holstein sind, so schreibt die „Süddeutsche Reichskorrespondenz", das Organ des Fürsten Bülow, von mehreren Blättern Angaben verbreitet worden, die Richtiges und Falsches durcheinanderwerfen. Es ist gar kein Staatsgeheimnis und keine Enthüllung, daß Fürst Bülow mit Exzellenz v. Holstein auch nach dessen Ausscheiden aus dem Dienst in gesellschaftlichem Verkehr geblieben ist, und daß er ihn vor seiner Abreise nach Norderney auf dem Krankenlager besucht hat. Die Natur dieser Beziehungen wird aber entstellt, wenn man sie, wie wir zu wissen glauben, gegen den Willen beider Beteiligten auf das politische Gebiet hinüberspielt. Wer durch solche Künsteleien den Eindruck einer außerordentlichen Steuerung unserer Marokkopolitik vortäuschen will, der zeigt bloß, daß er über die Persönlichkeiten, zwischen denen die angenommene Beeinflussung vor sich gehen soll, mangelhaft unterrichtet ist.

Der Redakteur ist immer der Bestrafte. Der Redakteur der „Tribüne", Dr. Rudolf Lautenbach, wurde von der Ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen Beleidigung des preußischen Offizierkorps, die in einem Artikel der „Tribüne" mit der Ueberschrift „Ein Hauptmann als Mörder" im Anschluß an die Allensteiner Tragödie gefunden wird, zu 600 Mk. Geldstrafe, event. 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Der Strafantrag ist vom preußischen Kriegsminister von Einem gestellt worden. Bloß ein Jahr Gefängnis beantragte der Staatsanwalt! Wie hoch müßte im Verhältnis dazu der Antrag gegen Eulenburg lauten?

Die mecklenburgische Wahlreform-Mißgeburt. Wie die Strelitzer „Landeszeitung" zuverlässig erfährt, wird die Wiedereröffnung des außerordentlichen mecklenburgischen Landtages zur weiteren Beratung der Vorlagen über die Verfassungsreform am 12. Oktober in Schwerin erfolgen. Die beiden mecklenburgischen Regierungen werden dem Landtage die bisherigen Vorlagen in unveränderter Form wieder zugehen lassen. Nach den bewährten Grundsätzen „Immer langsam voran" und „Nur nichts ausbessern"

Ein Anarchistenprozeß beschäftigte am Freitag die dritte Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander hatten sich der Tischler Richard Fischer und der Lagerverwalter Berthold Cahn zu verantworten.

Unter Anklage stand die Mainummer der anarchistischen Zeitung „Der Revolutionär", als dessen Redakteur der erste Angeklagte zeichnete. Die auf rotem Papier erschienene Mainummer enthielt einen Artikel: „Der 1. Mai, wie er ist und wie er sein sollte." Darin wurde der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, daß sie viel zu zahm sei, sich auf gesetzlichem Wege nichts erreichen lasse. Auf dem Wege der Gewalt müsse der Anarchismus durchgeführt werden. Diese Schlußfolgerung zog wenigstens der Staatsanwalt aus dem Inhalt des Artikels. Der Angeklagte wurde wegen eines in derselben Nummer enthaltenen Gedichtes „Zum 1. Mai" zur Verantwortung gezogen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Fischer sechs Monate, gegen Cahn vier Monate Gefängnis. Der Gerichtshof sprach den letzteren frei, verurteilte dagegen den Angeklagten Fischer zu vier Monaten Gefängnis.

Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Artikel in Verbindung mit den hinzugefügten Bildern wohl geeignet sei, zu Gewalt anzureizen. Als Milderungsgrund wurde erwogen, daß der Angeklagte erst im 24. Lebensjahre steht und bisher unbescholten ist, auf der anderen Seite aber die Gemeingefährlichkeit einer solchen Agitation, wie sie durch den inkriminierten Artikel getrieben worden sei.

Ausland.

Zeppelin und die Schweizerischen Sozialisten. Die Mitteilung der bürgerlichen Presse über den Protest schweizerischer Sozialdemokraten gegen die Fahrten Zeppelins hat den Redakteur Heuß von der „Mannheimer Volksstimme" veranlaßt, den folgenden Brief an Zeppelin zu richten:

Konstanz, 7. Juli 1908.

Auf der Durchreise nach der Schweiz lese ich soeben in der heutigen Nummer der „Konstanzer Nachrichten", daß die schweizerische Sozialdemokratie eine „scharfe Verwahrung" gegen die Fahrten Ew. Exzellenz auf schweizerischem Boden vorbereite. Die Nachricht klang mir so ungeheuerlich, daß ich mich, da ich selbst 1½ Jahrzehnte in der Schweiz lebte, sofort telephonisch mit maßgebenden Persönlichkeiten der schweizerischen Sozialdemokratie in Verbindung setzte. Ich erfuhr — was ich erwartet hatte —, daß es keinem schweizerischen Sozialdemokraten je in den Sinn gekommen ist, eine Aktion, wie sie von der Konst. Nachr. behauptet wird, in Szene zu setzen. Die schweizerische Sozialdemokratie steht, wie die deutsche, den genialen Erfindung Ew. Exzellenz mit dem Gefühl aufrichtigster Bewunderung gegenüber, nicht nur weil sie in derselben einen Triumph menschlichen Geistes und einer ungewöhnlichen, nur auf ideale Zwecke gerichteten Energie erblickt, sondern auch, weil ihr Ew. Exzellenz gewaltige Erfindung als eine weitere Etappe auf dem Wege der allgemeinen Verbrüderung der Völker und Nationen erscheint, die das große humanitäre Ideal der internationalen Sozialdemokratie ist. Gestatten Sie, Herr Graf, einem deutschen Sozialdemokraten diese Bemerkungen zur Ehrenrettung seiner schweizer

rischen Parteigenossen, die in der Wertung und freudigen Anerkennung wahrhaft kulturfördernder Leistungen hinter niemanden — wer es auch sei — zurückstehen wollen.

Ew. Exzellenz ergebenster

Emil Hauth,

Redakteur der Mannheimer „Volksstimme".

Die Klarstellung des Genossen Hauth wird überall mit Genugtuung begrüßt werden. Sie würde uns noch mehr freuen, wenn der ehemalig freie Schweizer sich noch ein paar „Exzellenzen" verkniffen hätte. Wer sich durch seine Tüchtigkeit einen Weltruf erwarb, wie Graf Zeppelin, der braucht die Titelverbrämung nicht mehr.

* * *

Der mazedonische Reformvorschlag Englands. England ist nunmehr mit seinem Reformvorschlag für Mazedonien an die Mächte herangetreten. Wie der „Köln. Ztg." offiziös mitgeteilt wird, geht der im Einverständnis mit Rußland aufgestellte englische Vorschlag im wesentlichen auf folgendes hinaus:

Es soll schleunigst für Mazedonien eine fliegende Kolonne von 10- bis 12,000 Mann gebildet und dem Generalmajor Hilmi Pascha zur wirksamen Unterdrückung des Bandenwesens zur Verfügung gestellt werden. Der Kommandeur der Kolonne soll ein türkischer Offizier werden, der durch Auswahl und Vorschlag Hilmi Paschas vom Sultan zu ernennen ist.

Es wird an maßgebender Stelle in Berlin angenommen, daß nun auch der russische Reformvorschlag binnen kurzem zu erwarten ist. Vermutlich wird er die zu erwägenden Reformen auf dem Gebiete des mazedonischen Finanz- und Justizwesens zum Inhalt haben

* * *

Revolution in Serbien? Aus Petersburg wird, wie die „Münchener Neuest. Nachr." erfahren, der Ausbruch einer Revolution in Serbien gemeldet; Major Niatzy habe sich des Staatsamtes und des Konghauses bemächtigt.

Die Nachricht wird natürlich amtlich als „völlig unbegründet" [illegible] „In ganz Serbien herrsche Frieden und Ordnung". — So ganz unbegründet können die Nachrichten von einer Bewegung nicht sein, zumal da Velimirowitsch trotz größter Bemühungen bis heute kein Kabinett zustande gebracht hat.

* * *

Wenn man beim Papste wohnt! Die Stadtverordnetenversammlung in Rom hat mit 57 gegen 3 Stimmen die Abschaffung des gesamten Religionsunterrichtes in den Schulen angenommen. Je näher am Sitze der alleinseligmachenden Kirche, um so allgemeiner ist also die Ueberzeugung, daß die sogenannte Religion, welche von den Kirchen ausgeht, gar nicht nötig ist, um tüchtige Staatsbürger und gesittete Menschen zu erziehen. Wie wenig die Religion einen erziehlichen Einfluß auf den Charakter des Menschen ausübt, zeigt sich ja auch im gegenwärtigen Moabiter Prozeß. Eulenburg war der frömmsten einer im Lande und auch seine Wedel-Freunde beten, was das Zeug hält.

* * *

Das neueste Opfer der russischen Polizeiverwaltung, der von einem russischen Polizisten in Lodz erschossene 28jährige Zeichner Edmund Mally, war, nicht wie früher gemeldet wurde, Reichsdeutscher, sondern österreichischer Staatsangehöriger. Er wurde in Lodz in Ausübung seines Berufes beim Skizzieren in der Petrikauerstraße von einem Polizeibeamten angehalten und, da er dessen in russischer Sprache erfolgten Befehl, die Hände hochzuhalten, nicht verstand, ohne weiteres über den Haufen geschossen; die Kugel war ihm mitten in das Herz gedrungen. Die Leiche des Ermordeten wurde zur Beerdigung nach Reichenau in Böhmen überführt.

Man darf darauf gespannt sein, ob die österreichische Regierung diese von einem russischen Polizisten gegen einen österreichischen Bürger verübte Schandtat ruhig hinnehmen wird.

* * *

Der Henker-Zar. Nach einer soeben veröffentlichten Statistik sind vom August 1906 bis zum Februar 1907 in Rußland **950 Hinrichtungen vollzogen worden,** im ganzen Jahre 1906 aber 1642.

Im Jahre 1907 wurden 1692 Todesurteile gefällt, von denen 748 ausgeführt wurden, ebensoviele ungefähr im laufenden Jahre. Von 1842 bis 1904 kamen im Durchschnitt jährlich nur 15 Hinrichtungen vor. Gemeine Verbrecher werden bekanntlich in Rußland nicht hingerichtet, sondern nach Sibirien verschickt und die jetzt in Rußland vorkommenden Hinrichtungen betreffen daher meist sogen. politische Verbrechen. Der Antrag von 103 Dumamitgliedern auf Aufhebung der Todesstrafe hat daher eine ganz andere Bedeutung, als die Anträge und Beschlüsse auf Aufhebung der Todesstrafe in anderen Ländern. Eine ähnliche Vorlage, wie die in der jetzigen Reichsduma eingebrachte, wurde von der ersten Duma einstimmig angenommen und sie fand auch im Reichsrat Sympathie, wurde jedoch mit Auflösung der Duma beseitigt. Das gleiche Schicksal erreichte den Entwurf in der zweiten Duma. Die Regierung will von der Aufhebung der Todesstrafe natürlich nichts wissen. — Der Gesetzentwurf, den 103 Abgeordnete behufs Abschaffung der Todesstrafe in der Duma eingebracht haben, hat folgenden kurzen Wortlaut:

a) Die Todesstrafe wird abgeschafft. b) In allen Fällen, in denen laut den herrschenden Gesetzen Todesstrafe ist, ist sie durch die nächst schwerste Strafe zu ersetzen.

Die dritte Duma wird sicherlich ein anderes Verhalten als die erste und zweite kundtun, und es läßt sich über das Schicksal des neuen Gesetzentwurfs noch nichts mit Bestimmtheit voraussagen. Immerhin wird schon die abermalige Aufrollung des Problems im russischen Volke großen Widerhall finden und die Gesinnungen der Reaktionäre in aller Nacktheit zeigen.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Das Kriegsgericht in Lodz fällte in den letzten zwei Tagen 12 Todesurteile, es verurteilte hier 12 Personen zum Tode durch den Strang. — Wie der „Piccolo" meldet, ist auf dem österreichischen Dampfer „Columbia", welcher sich auf der Fahrt von New York nach Triest befindet, eine Meuterei ausgebrochen, sodaß der Kapitän gezwungen war, den Dampfer in Gibraltar landen zu lassen und 5 Meuterer dem dortigen österreichisch-ungarischen Generalkonsulat zu übergeben.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. Juli.

* **Die Steuerlisten für Einkommen unter 900 Mark liegen zur Einsichtnahme aus!** Der Magistrat bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß die Steuerlisten für die Pflichtigen mit Einkommen von weniger als 900 Mk. vom 6. bis 21. Juli mit Ausnahme der Sonntage von 8 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Nachmittags im Magistratsbureau V, Elisabethstraße 12/14, 2. Stock, Zimmer Nummer 82, zur Einsichtnahme ausliegen. Gegen die Veranlagung steht dem Steuerpflichtigen innerhalb einer Ausschlußfrist von vier Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist das Rechtsmittel der Berufung zu, und zwar:

a) wenn die Veranlagung durch die Voreinschätzungskommission ohne Beanstandung erfolgt ist, an die Veranlagungskommission.

b) wenn die Festsetzung des Steuersatzes durch die Veranlagungskommission stattgefunden hat, an die Berufungskommission.

Ferner wird bekannt gemacht, daß die Hebelisten zur Gemeindegrundsteuer in der Zeit vom 6. bis 21. d. Mts., im Magistratsbureau XIX, Elisabethstraße 14, 1. Stock, Zimmer 28, zur Einsichtnahme für die Grundeigentümer oder ihre Bevollmächtigten von 8 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags ausliegen.

)(**Bestrafung eines Jugendlichen wegen Teilnahme an einer Gewerkschaftsversammlung.** Ein rechtswidriges Urteil ist vom Schöffengericht in Wüstegiersdorf, Kreis Waldenburg, gefällt worden. Der 17jährige Fabrikarbeiter Hendrich hatte am 30. Mai an einer Versammlung des Textilarbeiter-Verbandes teilgenommen. Der Amtsvorsteher von Donnerau schickte ihm hierauf einen Strafbefehl über 3 Mark. Ohne Zweifel hat der Beamte noch nicht genügend Zeit gefunden, sich über die Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom 19. April zu orientieren. Nach demselben ist jugendlichen Personen die Teilnahme an Gewerkschaftsversammlungen durchaus nicht verboten! Nur vom Besuch öffentlicher politischer Versammlungen sind die jungen Leute unter achtzehn Jahren ausgeschlossen. Das wußte Hendrich und erhob Einspruch gegen den Strafbefehl. Das Gericht schloß sich aber der Gesetzesauslegung des Amtsvorstehers an und verwarf den Einspruch kostenpflichtig. — Das einzig gute an dem Urteil ist, daß es von der Berufungsinstanz aufgehoben werden muß.

* **Die Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins,** welche durch Neuanschaffungen stets vermehrt, jeden Montag von 7—9 Uhr Abends im Zimmer 7 des Gewerkschaftshauses zur freien Benützung der Vereinsmitglieder und ihrer Angehörigen geöffnet ist, wird hiermit besonders den neu hinzugetretenen Genossinnen und Genossen wiederholt dringendst empfohlen. Die Distrikts- und Bezirksführer werden ersucht, in den Zahlabenden auf den reichen und ausgewählten Lesestoff unserer Bücherei, die eine Fülle von wissenschaftlicher, politischer und unterhaltender Literatur enthält, eindringlichst hinzuweisen, um sich auf diesem Wege schlagfertige und kenntnisreiche Mitstreiter zu erziehen. Auch Frauen und Kinder werden mit geeigneten Büchern versehen, Kataloge und Ratschläge zur Auswahl der Lektüre von den Bibliothekaren bereitwilligst gegeben.

Wenn auch die Zahl unserer Leser stetig zunimmt, ist sie bei weitem noch nicht entsprechend der großen Zahl der Vereinsmitglieder und der zwingenden Notwendigkeit vermehrter Bildung und ersprießlichen Nachholens dessen, was das kapitalistische Schulsystem dem Wissensdurst und dem geistigen Lebensbedürfnis des Proletariats vorenthält.

Darum, Genossinnen und Genossen, versäumt nicht, Euch aus unserer Bibliothek Erholung, Genuß und Belehrung zu verschaffen und lasset unseren Mahnruf nicht ungehört verhallen. Die Bibliothekare freuen sich darauf, einem recht tüchtigen Ansturm von Euch rührig und erfolgreich zu begegnen.

* **Holzarbeiter** Dienstag, den 14. Juli, Abends 8 Uhr, im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses: Wichtige Sitzung sämtlicher Sektions- und Bezirksleiter sowie Werkstatt-Delegierten betreffs Entgegennahme des Situationsberichtes unserer Lohnbewegung.

* **Das gestrige Sommerfest,** das vom Metallarbeiter-Verbande im Gewerkschaftshause veranstaltet wurde, hat einen glänzenden Verlauf genommen. Saal und Garten waren den ganzen Nachmittag und Abend dicht besetzt. Der Saal wies sogar bis um ein Uhr Nachts eine starke Besetzung auf. Trotzdem hat sich nicht der geringste Zwischenfall ereignet, der auch nur einem der Teilnehmer seine Festfreude auf kurze Zeit verleidet hätte. Insbesondere ist auch für Unterhaltung und Belustigung der Kinder bestens gesorgt gewesen. Aus dem Feste kann nur die eine Lehre gezogen werden, nämlich die, wenn der Metallarbeiterverband, die größte Gewerkschaft am Orte, mit den Räumlichkeiten des Gewerkschaftshauses gut auszukommen vermochte, dann vermögen es auch alle anderen großen Gewerkschaften.

* **Eulenburgereien zur „Volksaufklärung."** Die Füllerteinsel hat sich aus Anlaß des gegenwärtigen Schützenfestes in eine Vogelwiese verwandelt. Neben allerlei anderen „Sehenswürdigkeiten" hat auch ein anatomisches Museum Aufstellung gefunden, in welchem u. a. auch rätselhafte „homosexuelle Präparate" gezeigt werden. Das sind die Ergebnisse der volkserzieherischen Tätigkeit unserer Edelsten und Besten.

* **Breslauer Schauspielhaus.** Der heutige Montag bringt eine interessante Doppelvorstellung. Eröffnet wird der Abend mit dem sozialen Schauspiel „Der rote Leutnant", den Beschluß bildet das Lustspiel „Zum Einsiedler. Am Dienstag ist die Premiere einer hochinteressanten Novität, der französischen Komödie „Verliebt" (Amoureuse) von Georges Porto-Riche mit Frl. Horwitz in der Hauptrolle.

* **Die Durchlegung der Junkernstraße** nach dem Christophoriplatz ist jetzt so weit vorgeschritten, daß mit der Kanalisierung der verlängerten Junkernstraße begonnen werden kann.

* **Die Weiterführung der Städtischen Straßenbahn** von der Zwingerstraße durch die Weidenstraße nach dem Christophoriplatz ist vom Regierungspräsidenten durch Verfügung vom 7. d. M. genehmigt worden.

† **Ein Kind totgefahren.** Am 11. d. M. wurde auf der Michaelisstraße der 2jährige Sohn eines dort wohnhaften Zimmermannmeisters durch Ueberfahren getötet. Das Kind spielte auf der Straße mit einem kleinen Sportwagen und bemerkte nicht, daß ein mit Eisen beladener Lastwagen daherkam. Da der Kutscher des Wagens nach seitwärts geblickt hat, so ist das Fuhrwerk, obgleich es sich nur im Schritt fortbewegte, über das Kind hinweggegangen und hat es vollständig zerquetscht, sodaß es tot zu seinen Eltern getragen werden mußte.

* **Vorsicht beim Besteigen des Fuhrwerks.** Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich Montag Vormittag gegen 11 Uhr auf dem Mauritiusplatz ereignet. Dortselbst versuchte der Kutscher Brückner seinen mit Sand beladenen Wagen zu besteigen. Im selben Augenblick zogen die Pferde an, Brückner glitt ab und kam zu Falle. Hierbei gingen ihm die Vorderräder des Wagens über die Beine. Schwerverletzt wurde der Bedauernswerte nach dem Barmherzigen Brüderkloster geschafft. — Dieser Vorfall mahnt wieder zur Vorsicht beim Besteigen des Fuhrwerks.

† **Unfälle.** Ein Bäckergeselle von der Lewaldstraße fuhr mit seinem Rade am 7. d. M. von der Reichstraße auf die Gräbschenerstraße, in dem Augenblick, als hier ein Straßenbahnzug daherkam. Der Radfahrer geriet zwischen Bahnwagen und Bürgersteig derart in die Enge, daß er von dem Straßenbahnwagen erfaßt und [illegible] worfen wurde. Er kam gerade zwischen Vorder- und Hinterwagen zu liegen und wurde etwa zehn Schritt weit geschleift, erlitt aber glücklicherweise keinerlei Verletzungen, so daß er aufstehen und seine Fahrt fortsetzen konnte. — Auf der Friedrich-Wilhelmstraße ritt vor einigen Tagen ein Mann mit zwei angeschirrten Pferden vor dem Straßenbahnwagen her, versetzte aber seinem Pferde in dem Augenblick einen Schlag auf den Kopf, als der Motorwagen an ihm vorbei wollte; das Pferd machte einen Sprung nach der Seite, wurde vom Motorwagen umgestoßen und erlitt Verletzungen, während der herabgestürzte Reiter heil davonkam.

† **Leiche im Stadtgraben.** Eine männliche Leiche wurde am 12. d. M., Vormittags, aus dem Nikolaistadtgraben am Bismarckbrunnen gelandet. Die Person ist etwa 45 Jahre alt, 1,65 Meter groß, trägt dunkle Hose, blaue Bluse, Trikotunterkleider, graue Strümpfe, schwarze Gamaschen; es wurde bei ihr vorgefunden ein Schlüsselbund und ein Zentimetermaß. Verletzungen weist die Leiche keine auf.

† **Unaufgeklärter Todesfall.** Die verwitwete Kaufmannsfrau Pauline Sperlich geb. Scholz, 49 Jahre alt, Gräbschenerstr. 59 im Hinterhause wohnhaft, wurde am 12. d. M. tot aufgefunden. Die Frau war seit dem 9. d. M. nicht mehr gesehen worden. Bei der Oeffnung der Wohnung fand man die Frau entseelt vor. Da sie völlig dem Trunke ergeben war, so wird die Sektion ergeben müssen, ob Alkoholvergiftung oder ein Schlaganfall vorliegt.

* **Zusammenstoß.** Am Sonnabend Nachmittag gegen 4 Uhr stieß ein Dreirad fahrer der Post, welcher die Briefkästen entleert, mit einem Geschäftswagen der Firma Schirdewahn, Klosterstraße, zusammen. Der Radfahrer erlitt schwere Verletzungen am Kopf und Bein. Außerdem wurde seine Uniform arg beschädigt. Ein Pferd des Geschäftswagens erlitt ebenfalls Beschädigungen. An derselben Stelle entstand gegen 7 Uhr, Abends, eine Störung des Verkehrs dadurch, daß von einem Limonadenwagen der Firma Paniofka das linke Vorderrad brach.

† **Mißhandlung eines Kindes.** Zwei junge Leute versuchten vor einigen Tagen ein 6jähriges Mädchen auf der Sternstraße mit Gewalt aus der Durchfahrt, in welcher es mit anderen Kindern spielte, fortzuschleppen; auf das Geschrei des Kindes kam dessen Mutter dazu und die beiden Strolche schlugen das Kind auf den Kopf und entwischen dann in den Vogelgarten.

† **Diebstähle.** Am 1. d. Mts. ist einem Soldaten in einer Restauration ein Portemonnaie mit 13 Mark gestohlen worden; am 11. d. M. einem Kaufmann auf dem Universitätsplatz aus seiner Wohnung ein Portemonnaie mit etwa 50 Mk.; aus einer Wohnung auf der Posenerstraße in den ersten Tagen dieses Monats mehrere Dienplatten; am 6. d. M. einem Fleischergesellen auf der Freiheitsgasse 6 Mark Geld, eine goldene Damenuhr und ein brauner Herrenanzug; aus einer Schirmkammer im Schiehwerdergarten am 9. d. M. einem Monteur von der Brüderstraße eine silberne Uhr; am 12. d. M. in Neumarkt zwei neue Fahrräder „Phänomen" und „Kaiser", welche vermutlich nach Breslau gebracht worden sind.

† **Gefunden** wurden eine verschlossene Holzkiste, drei Stangen Rotguß, ein Fahrrad „Achilles", eine Tasche mit Papieren, ein Notizbuch mit Papieren, 1 Lotterielos, 1 Gebetbuch, mehrere Portemonnaies mit Inhalt und ein Ordensband mit 5 Orden.

† Verloren wurden 1 russischer Paß, 1 schwarzes Ledertäschchen mit Inhalt, 1 Zwanzigmarkschein, 1 Sterbekassenbuch, 1 Portemonnaie und Legitimationspapiere.

† **Einbruch.** Vor einigen Tagen brachen Diebe in eine Restauration auf der Friedrichstraße ein und entwendeten aus der verschlossenen Kasse 60 bis 70 Mark in Silbergeld.

Neueste Nachrichten.

Der Zentralvorstand der Brauer nach Berlin verlegt.

München, 10. Juli. Der Verbandstag der Brauer beschloß, den Sitz des Verbandes von Hannover nach Berlin zu verlegen.

Eulenburgs Antiklerikalismus.

München, 13. Juli. (H. T.-B.) Zu der Erklärung des Fürsten Eulenburg, er sei ein Opfer des Klerikalismus und bayerischen Partikularismus, weil er das protestantische Kaisertum in München konsequent vertreten habe, frägt die „Augsburger Postzeitung": „Wie mag der Kaiser wohl informiert worden sein, wenn ein Mann mit solchen staatsrechtlich unhaltbaren Ansichten, von katholikenfeindlichen Ideen getragen, intimster Vertrauter und Berater des Kaisers sein konnte?"

Automobilunglück.

Berlin, 13. Juli. (H. T.-B.) Ein schweres Automobilunglück hat sich gestern Vormittag in der Nähe von Belitz, etwa 18 Kilometer von Potsdam entfernt, ereignet, bei dem das Automobil umstürzte und Regierungsrat Serlo den Tod fand. Der bekannte Sportsmann, Rechtsanwalt Oedeläufer, erlitt schwere Verletzungen. Rechtsanwalt Heymann kam mit einem Nervenanfall davon. Der Chauffeur trug leichte Kontusionen davon.

Die aufgeregten Flottenfexe.

Darmstadt, 13. Juli. (H. T.-B.) Die Krisis im Deutschen Flottenverein hält an. In Hessen-Nassau haben mehrere Verbände ihren Austritt aus dem Gesamtverbande ausgesprochen. Der elsaß-lothringische Verband des deutschen Flottenvereins dagegen stimmte der auf der Danziger Tagung gefaßten Resolution einstimmig zu. An Großadmiral von Köster wurde ein Glückwunschtelegramm gerichtet.

Eine Sensationsmeldung.

Malmö, 13. Juli. (H. T.-B.) Die Firma Scholander u. Co. hatte trotz der Drohung der Streikenden englische Arbeiter zur Löschung der Kohlen verwendet und die Arbeiter in dem allen, im Hafen liegenden Segelschiff, Almathea untergebracht. Gestern ruderte ein Streikender an das Schiff heran, warf durch eine offenstehende Luke eine Dynamitpatrone mit Zündschnur, zündete diese an und ruderte rasch zurück. Eine furchtbare Explosion erfolgte. Von den englischen Arbeitern wurde einer getötet, sieben schwer verletzt. In Malmö herrscht wegen des Vorfalles große Erregung.

Hier scheint es sich um eine plumpe arbeiterfeindliche Unternehmermache zu handeln. Eine Bestätigung der Nachricht bleibt abzuwarten.

Festgenommene Schmuggler.

Rom, 13. Juli. (H. T.-B.) Eine große Schmugglerbande, die 75 Mitglieder zählt, ist in Warese an der schweizerischen Grenze von Zollsoldaten überrascht worden, als sie große Mengen Tabak über die Grenze bringen wollten. Es gelang, mehrere Schmuggler festzunehmen. Unter den beschlagnahmten Waren befinden sich 50 Zentner feinsten Zigarettentabaks, die 120,000 Lire Zoll erforderten.

Worms, 13. Juli. (H. T.-B.) Die Untersuchung betreffend den aufgedeckten Patronendiebstahl ergab, daß 47.000 Patronen fehlen, welche sämtlich ins Ausland gekommen sein sollen. Ein Herr Aperhaus ist in dieser Angelegenheit verhaftet worden.

Paris, 13. Juli. (H. T.-B.) Auf Haiti ist neuerdings eine Revolte ausgebrochen. Zahlreiche Banden sind in der Bildung begriffen. Die Fremden fühlen sich sehr unsicher.

Prag, 13. Juli. (H. T.-B.) In 35 Städten Deutsch-Böhmens fanden gestern massenhaft besuchte Protestversammlungen statt, die gegen die Tschechisierung Deutsch-Böhmens Stellung nahmen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

Neu-Heidnk 107. Der Poller war berechtigt, den Zettel zu zerreißen, da er für ihn bestimmt gewesen ist. Sie haben kein Recht, ihn zurückzuverlangen.

K., Warmbrunn. Die Arbeitszeit der Dienstmädchen ist leider durch Gesetz nicht beschränkt. Die „Herrschaft", kann also nicht bestraft werden.

R. R., hier. Der verstorbene Sohn, der nicht verheiratet war, wird von den Eltern, wenn diese am Leben sind, allein beerbt. Die Geschwister des Verstorbenen erhalten in diesem Falle nichts.

M. R. 81. Vorsitzender des Schlesischen Arbeiter-Sängerbundes ist Genosse Josef Lozar in Breslau, Gabitzstraße 51.

Literatur.

Im Verlage der **Buchhandlung „Vorwärts"**, Berlin SW. 68, erschien soeben in 4. Auflage: Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' **„Die wahre Gestalt des Christentums"**. Nebst einem Anhang: Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau von August Bebel. Diese Arbeit enthält in knappen, scharfen Umrissen eine Darlegung, daß alle religiösen Bewegungen im Grunde sozialer Natur sind, insbesondere mit Bezug auf Luthers reaktionäre Reformations-Bewegung. Im Anhang schildert Bebel in kurzen Zügen, wie die Frau in der heutigen Gesellschaft zur Sklaverei degradiert wird und nur im Sozialismus ihre Befreiung finden kann. Preis 75 Pf. Volksausgabe 30 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure.

Von der **„Kommunalen Praxis"**, Verlag Buchhandlung „Vorwärts", Berlin SW. 68, liegen uns die Hefte 23—26 vor. Die „Kommunale Praxis beschäftigt sich mit allen Fragen, die das weitverzweigte Gebiet der Kommunalpolitik umfaßt und kann die Lektüre derselben jedem in der Gemeinde tätigen Genossen empfohlen werden. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.

Von der Roman-Bibliothek **„In Freien Stunden"**, die im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts" erscheint, sind die Hefte 28 und 29 erschienen. In Heft 27 hat der außerordentliche spannende Roman: „Der Heiduck" von Bucura Dumbrava begonnen. Da dieses Heft gern nachgeliefert wird, ist jetzt der geeignetste Termin zum Abonnieren der „Freien Stunden". Jedes Heft enthält außerdem eine Novelle, Humoreske usw. Der Preis ist 10 Pfennige. Zu beziehen durch alle Kolporteure und Partei-Buchhandlungen.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 15. Juli:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Verein. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung.

Sonnabend, den 18. Juli:

Freie Turnerschaft Breslau. Quartals-Versammlung. Zimmer 3 und 4. Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 10 (Sandtor).

Sonntag, den 19. Juli, früh pünktlich 9 Uhr: Sommerspaziergang. Treffpunkt Endstation der Elektrischen Straßenbahn Matthiasstraße. Alle Genossen nebst Angehörige und Bekannte sind hierzu freundlichst eingeladen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Neumarkt.

Land-Distrikt 4.

Bezirke Hartlieb, Krietern, Klettendorf. Mittwoch, den 15. Juli, Abends 8½ Uhr, findet bei Thamm die ordentliche Zusammenkunft statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Land-Distrikt 9 (Aschansch).

Donnerstag, den 16. Juli, Abends 8 Uhr, findet der dritte Vortragsabend des Genossen Schütz im Distriktslokal statt. Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Sonntag, den 19. Juli: Volkswachtagitation Sammelpunkt Morgens 7 Uhr im Distriktslokal.

Land-Distrikt 12 (Pöpelwitz).

Montag, den 13. Juli, Abends 8 Uhr: Zahlabend bei Fuchs, Pöpelwitzstraße. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Liegnitz. Metallarbeiter. Dienstag, den 14. Juli, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Berichterstattung vom Gewerkschafts-Kongreß in Hamburg. Referent: Friedrich Schlegel-Breslau. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Striegau. Wahlverein. Dienstag, den 14. Juli, Abends 8 Uhr: Sitzung der Bezirks- und Platzkassierer im „Schwan". Listen mitbringen.

Schweidnitz. Das Rechtsschutzbureau befindet sich Hohstraße 15 III, und ist geöffnet Dienstag und Freitag von 11—1 Uhr Mittags und 6—8 Uhr Abends. Sonntags von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags. — Die Bibliothek ist zu gleicher Zeit geöffnet.

Schweidnitz. Kartellsitzung. Dienstag, den 14. Juli, Abends 8½ Uhr. Tagesordnung: Abrechnung. Bericht des Rechtsschutzbureaus und Bibliothek. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen auch der Vorstände erwünscht.

Freiburg. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mittwoch, den 15. Juli: Mitglieder-Versammlung im Gasthause „Germania" in Polsnitz. Alle Mitglieder werden aufgefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Hirschberg. Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter. Dienstag, den 14. Juli, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der „Andreasschenke". Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwünscht.

Beuthen OS. Arbeiter-Sekretariat. Sprechstunden jeden Dienstag Nachmittags von 3 bis 7 Uhr.

Antonienhütte-Neudorf. Arbeiter-Sekretariat. Jeden Mittwoch Nachmittag unentgeltliche Rechtsauskunft im Verbandsbureau Neudorf, Privatweg. Sprechstunden von 3—7 Uhr.

Königshütte. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Mittwoch von 8 bis 12 Uhr und von 5 bis 7½ Uhr im Gewerkschaftslokal, Ringstraße 3, statt.

Königshütte. Gewerkschaftskartell. Donnerstag, den 16. Juli, Abends 7½ Uhr: Kartell-Sitzung. Die Gewerkschaftsvorstände werden ersucht, der wichtigen Tagesordnung wegen mit zu erscheinen.

Posen. Wahlverein. Dienstag, den 14. Juli, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Schweizertal".

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Todes-Anzeige.

Am Freitag, den 10. d. Mts., verstarb im blühenden Alter von 24 Jahren unsere langjährige Mitarbeiterin

Anna Kramer.

Ihr Andenken werden stets in Ehren halten

Die Arbeiterinnen u. Arbeiter d. Firma Kaiser's Kaffeegeschäft.

Beerdigung: Montag, nachm. 3½ Uhr, vom Wenzel-Hancke'schen Krankenhaus aus. 3475

Todes-Anzeige.

Am Freitag, den 10. d. Mts., verstarb unser Mitglied, die Arbeiterin 3474

Fräulein **Anna Kramer**

im Alter von 24 Jahren.

Das Andenken der Verstorbenen werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Beerdigung: Montag, nachmittags 3½ Uhr, vom Wenzel-Hancke'schen Krankenhaus aus.

Schauspielhaus
Sommerspielzeit.
Direktion: Erich Ziegel.
Montag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Hierauf:
„Zum Einsiedler".
Dienstag, abends 8 Uhr:
Verliebt (Amoureuse).
Komödie in 3 Akten
von Georges Porto-Riche.

8 Pf. Reformbier 8 Pf.

Breslauer Sommer-Theater.
(Liebich's Etablissement.)
Montag, abends 8 Uhr:
„Hinterm Zaun".
Eine Groteske in 3 Akten v. Karl Rößler.
Im Garten: **51er.**
Dienstag, 8 Uhr, zum letzten Male:
„Hinterm Zaun".

Victoria-Theater
Original Budapester Orpheum-Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Neue Wochentage gültig.

Zeltgarten.
Dir. H. Kreinsik.
Damen-Ringkampf-Konkurrenz
3 Kämpfe
dazu die großartigen Spezialitäten.

Palmengarten.
Dir. H. Kreinsik.
Neue Kapelle.
Damen-Orchester „Lyra"
Entree frei.

Für Zigarrenmacher!! 1465
Alle Rohtabake
zur Zigarrenfabrikation empfehlen in größter Auswahl und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
Breslau I, Hummerei 26.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

Nur echte
Henkel's Bleich Soda
Garantirt chlorfrei
gibt u. hält blendend weisse Wäsche

ff. Batavia-Arrak,
„ Jamaica-Rum,
„ französische und deutsche Kognaks,
„ Punsche u. Tafelliköre
empfiehlt 6223
Edwin Delahon
Breslau, Neumarkt 5.
Flaschenverkauf im Comptoir, Hof, part.

Stamm-Seidel,
Vereins-Seidel, 1234
Geburtstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,
in großer Auswahl empfiehlt
Otto Miksch,
Kupferschmiedestraße 47.

Die Volksschule wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition

Sofas, Chaiselongues
spottbill. zu verkaufen, nur Oderstr. Nr. 21, Möbelhandlung. 3415

Parteigenossen!
Bestellt
Vereins-Seidel
nur 2644
bei Eurem Genossen
Hermann Gritz
Ritterplatz 8.
Saubere Ausführung.
Billigste Preise.

Die neue Aera in der Hauswäsche

der vollständige Wandel der bisherigen Waschmethoden wurde hervorgerufen durch das erste Waschmittel der neuen Richtung **„Ding an sich"**. Es bleibt auch das beste. Man lasse sich durch unvollkommene Nachahmungen nicht irreführen, die zum Teil einen erheblichen Zusatz an Soda enthalten. Autoritäten auf diesem Gebiete bekunden übereinstimmend, daß kein einziges der zahlreichen Plagiate und Imitationen auch nur annähernd den praktischen Erfolg sichert wie **„Ding an sich"**. Frei von Chlor und Soda. Frei von allen die Wäsche angreifenden Bestandteilen. Wäscht, bleicht und desinfiziert gleichzeitig, fast ohne Mühe, wesentliche Zeit- und Geldersparnisse. **Chlor** zerfetzt die Wäsche, **Soda** macht sie gelb, und größere Mengen davon sind schädlich.

Zu haben in den bekannten Geschäften. 3018

Scala, Nikolai-Straße Nr. 27.
Dir.: Conrad Scholz.
Einziges Sommer-Variété m. überdachten Zuschauerraum.
New-Yorks und Breslaus Tagesgespräch
sind die Aufführungen des 3473
Neuen Nick Carter-Abenteuers
Der Leuchtturm von Sandy Bay.
In der Sonntags-Premiere jubelnder Beifall.
Anfang präzise 8½ Uhr.

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 Stück 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 6222
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Ressplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schroigasse, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15 Klosterstraße 77.

Gegen Volksverdummung : Volksknebelung : u. Volksausbeutung
Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Soeben erschienen:
Proletarierkrankheit u. kranke Proletarier
Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas.
Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Soeben erschienen:
Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre.
Eine populäre Einführung von Julian Borchardt.
Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.
Buchhandlung „Volkswacht".

Arbeit und Erziehung
Eine pädagogische Studie von Otto Rühle.
Preis 50 Pfg.

Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie
von Paul Kampffmeyer.
Preis 75 Pfg.

Kinder-Elend
Proletarische Gegenwartsbilder von Otto Rühle.
Preis 75 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht".

Beilage zu Nr. 162 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 14. Juli 1908.

Die Krise auf den Metallmärkten.

Auf den Märkten für Kupfer, Blei, Zink und Zinn hat die Krise noch ärgere Verwüstungen angerichtet, als auf dem Eisenmarkte. Am stärksten in Mitleidenschaft gezogen ist der Kupfermarkt, der in der Periode der Hochkonjunktur das Feld einer geradezu wahnwitzigen Spekulation gewesen ist. Der amerikanische Kupfertrust hatte lange, nachdem der Konsum schon erheblich zurückgegangen war, die Vorstellung aufrecht zu erhalten gewußt, daß eine förmliche Kupfernot vorherrsche. Im März des Vorjahres hatte der Preis für Kupfer mit 109 Pfund Sterling (1 Pfund gleich 20,40 Mark) seinen Höchststand erreicht, in den darauf folgenden Monaten begann der Rückgang, der im Juli ein schnelleres Tempo anzunehmen begann. Im August stellte sich der Preis auf ca. 82 Pfund, um dann nach Ausbruch der Krise bis auf ca. 57 Pfund zurückzugehen. Gegen Ende des Vorjahres stellte der Kupfertrust den Betrieb seiner Minen fast völlig ein, um eine „Gesundung“ des Marktes zu beschleunigen. In der Tat setzte zu Beginn dieses Jahres eine leichte Preiserholung ein, gegen Mitte Januar notierte Kupfer an der Londoner Metallbörse 64 1/8 Pfund. Diese Besserung vermochte sich jedoch nicht zu behaupten, gegen Ende des ersten Quartals 1908 sank der Preis wieder bis gegen 58 Pfund und dieses Preisniveau hielt unter kleinen Schwankungen bisher an. Dem Preisfall in Kupfer folgte ein Rückgang des Zinkpreises, der von 28 1/8 Pfund im Januar 1907 bis auf 19¼ Pfund im Januar 1908 wich, dann im April bis 21 3/8 Pfund stieg, im Juni aber wieder bis auf 19 3/8 Pfund fiel. Der Zinnpreis hatte im März 1907 mit 192 Pfund seinen Höchststand erreicht, im Oktober notierte er nur noch 142, im Dezember 1907 115¾, das 1. Quartal brachte eine Besserung bis 144½, vom Mai an setzte ein neuer Rückgang an, der Preis stellte sich Ende Juni wieder auf 129 Pfund. Der Preisrückgang für Blei vollzog sich etwas langsamer als der in den übrigen Metallen, erst nach dem Oktobertermin begann er ernstlich zu wanken. Im Juli 1907 hatte Blei mit etwa 21½ Pfund seinen Höchststand erklettert, gegen Ende des Jahres 1907 war er auf 14½ gesunken, nach weiteren Rückgängen notierte Blei dann im April etwa 14¼, ging dann aber im 2. Quartal des laufenden Jahres von neuem bis 12¾ zurück. Die Preisbewegung auf den Metallmärkten läßt nach dem rapiden Sturz Ende des Vorjahres in den ersten drei Monaten des Jahres 1908 allgemein eine Besserung erkennen, die jedoch durchgehend in den darauffolgenden Monaten wieder verloren ging, so daß die Preise jetzt den niedrigsten Stand wieder erlangt haben, der in der Periode nach dem Ausbruch der amerikanischen Krise zu verzeichnen war. Noch sind Anzeichen einer nahenden Aufwärtsbewegung nicht zu bemerken, die Vorräte in Kupfer, Blei, Zink und Zinn sind sehr erheblich, während der Konsum unverändert starke Zurückhaltung übt.

Fürst Eulenburg vor den Geschworenen.

Berlin, 11. Juli.

Im Verlaufe der Freitag-Nachmittagsitzung ereignete sich ein kleiner Zwischenfall. Nachdem sowohl vom Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel als auch von der Verteidigung Anträge auf Ladung neuer Zeugen gestellt worden waren, fragte ein Geschworenen den Vorsitzenden, ob die Ladung neuer Zeugen nicht bald ein Ende nehme, da ja sonst das Ende des Prozesses gar nicht abzusehen sei. Sofort erhob sich Rechtsanwalt Chodziesner und beantragte, diese Aeußerung zu Protokoll zu nehmen. Die Verteidigung habe beantragt, weitere Entlastungszeugen für den Angeklagten zu laden. Wenn nun der Herr Geschworene gegen die Ladung neuer Zeugen Front mache, so bekunde er dadurch eine Voreingenommenheit gegen den Fürsten Eulenburg. Von der beantragten Protokollierung konnte aber schließlich Abstand genommen werden, weil der betreffende Geschworene weiter ausführte, daß er mit seiner Aeußerung auch auf die von der Staatsanwaltschaft neu geladenen Zeugen Bezug genommen habe.

Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel stellte den Antrag, die beiden Herren zu laden, die im Städele-Prozeß als Schöffen fungiert haben, um auch von ihnen zu hören, welches Maß von Glaubwürdigkeit nach ihrer Meinung den Zeugen Riedel und Ernst bei Abgabe ihrer belastenden Aussagen beizumessen war. Wie schon erwähnt, stellten die Verteidiger demgegenüber den Antrag, auch die Richter der Strafkammer in München zu laden, die vor 14 Jahren den Riedel wegen verleumderischer Beleidigung verurteilt hatten. Es soll über diese neuen Anträge zu einer längeren, teils etwas erregten Debatte gekommen sein, die damit endete, daß der Gerichtshof die Ablehnung des von der Verteidigung gestellten Antrages beschloß.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Kanzow soll mitgeteilt haben, daß auch er einen Brief aus einem Orte in Oesterreich erhalten habe. In diesem teile ein Anonymus mit, er behaupte, daß Ernst

im Auftrage der klerikalen Partei

handle, die den Fürsten Eulenburg verderben wolle. Im Anschluß an diesen anonymen und bedeutungslosen Brief soll der Angeklagte Gelegenheit genommen haben, sich über seinen Standpunkt den Klerikalen gegenüber, den er schon seinerzeit als Legationssekretär und dann als Legationsrat in München eingenommen hat, auszulassen. Die Klerikalen seien ihm nie günstig gesinnt gewesen.

Als Zeuge wurde der Betriebsdirektor Schunig von einer Berliner Zeitungsdruckerei vernommen. Dieser soll in Wien geweilt haben,

als Fürst Eulenburg deutscher Botschafter war.

Damals bildete eine Aufsehen erregende Affäre, bei der es sich ebenfalls um homosexuelle Dinge handelte, das Tagesgespräch, und als er sich mit einem Kollegen darüber unterhielt, habe man ihm gesagt: „Na, bei Euch in der Botschaft ist's doch ebenso.“ Dem Vernehmen nach soll bei diesem Punkte eine schon in der Voruntersuchung eingeholte amtliche Auskunft des früheren und des jetzigen Polizeipräsidenten von Wien und des Kriminalinspektors verlesen worden sein, wonach amtlich über Verfehlungen in der Botschaft nichts bekannt gewesen sei.

Es wurden dann mehrere Zeugen vernommen, die von der Verteidigung genannt waren und beweisen sollten, daß das Darlehn, das der Zeuge Ernst vom Angeklagten erhalten, keinen Anlaß zu irgendwelchem Verdacht gebe. Diese Zeugen sollen bekundet haben, daß sie gleichfalls Darlehen vom Angeklagten erhalten haben. So zum Beispiel ein Zeuge Wienat, der seinerzeit Kabinettsrat auf der „Hohenzollern“ war und vom Angeklagten mehrere tausend Mark zur Eröffnung eines Geschäfts in Bremen geliehen erhalten hat, ferner ein Friseur, der gleichfalls zur Eröffnung eines Geschäfts 5000 Mark geliehen bekommen hat.

Wie oben erwähnt, teilte der Vorsitzende mit, er habe die anonyme Mitteilung aus einem Orte in Oesterreich erhalten, der Zeuge Ernst sei ein Werkzeug klerikaler Hetze gegen Eulenburg. Der Fürst erklärte zwar, er wolle dieser Karte oder diesem Briefe keinen sonderlichen Wert beimessen, schien aber die Gelegenheit für günstig zu halten, den Furor protestanticus auf die Geschworenen für sich wirken zu lassen. Wie die „B. Z. a. M.“ zu berichten weiß, soll er gesagt haben:

„Ich hatte in München Preußen nicht nur politisch, sondern auch kirchlich zu vertreten. Mein Leben lang bin ich ein Verfechter des protestantischen Kaisertums gewesen. Das hat mir namentlich im Süden viele Feinde gemacht. Wir haben nicht in Berlin, sondern in München den Nuntius des Papstes; dort sind also wichtige Verhandlungen zu führen, und ich habe sie im Sinne der protestantischen, der norddeutschen Kaiserreichsidee geführt. Dadurch bin ich dem Klerikalismus ebenso wie dem bayerischen Partikularismus verhaßt geworden. Vielleicht bin ich jetzt

eins der Opfer der großen Idee.

Ich will nichts bestimmtes behaupten, aber aus diesem Milieu heraus können diese infamen Verdächtigungen entstanden sein.

Der Vorsitzende unterbrach den Redner mit der Frage, ob er behaupten wolle, daß solche Strömungen den frommen Katholiken Ernst zum Meineide getrieben haben. Eulenburg antwortete: „Nein.“ Landgerichtsdirektor Kanzow gab die treffendste Kritik dieser Rede, als er den Angeklagten fragte: „Wollen Sie etwa hier die Behauptung aufstellen, der Klerikalismus habe die Briefe veranlaßt,

die Sie selbst an Ernst geschrieben haben,

und aus denen die Art Ihrer Beziehungen zu Ernst hervorgeht?“ Da verstummte der Redner.

Beachtenswert ist noch, was ergänzend zu den Mitteilungen über die Aussagen des Landgerichtsrats Schmidt berichtet wird, der bekanntlich die ganze Voruntersuchung geleitet und den Zeugen Riedel und Ernst das beste Zeugnis ausgestellt hat. Er erwähnte, daß der Münchener Polizeipräsident ihm gesagt habe, Kommissar Seuffert scheine den Riede falsch beurteilt zu haben. Schmidt selbst sagte, er habe nicht den geringsten Zweifel an der Wahrheit der Angaben von Ernst und Riedel. Auf Wunsch Isenbiels stellte er fest, daß er, nicht der Oberstaatsanwalt,

die Verhaftung Eulenburgs verzögert habe.

„Der Oberstaatsanwalt drängte, aber ich ließ mich nicht drängen; ich wollte erst sehen, ob die beiden Zeugen, so glaubwürdig sie mir auch damals schon erschienen, bei der Konfrontierung in Liebenberg nicht doch zusammenbrechen würden. Deshalb fuhr ich mit ihnen herüber. Die Konfrontation Ernsts und Riedels mit dem Fürsten bestärkte mich so in meiner Ueberzeugung von der Richtigkeit der belastenden Angaben, daß ich die sofortige Verhaftung anordnete und die Fürstin davon in Kenntnis setzte.“ Landgerichtsrat Schmidt, dessen Aussage offenbar den tiefsten Eindruck machte, gab eine große Menge von Einzelheiten, die Riedels und Ernsts Glaubwürdigkeit bis in jede Einzelheit beweisen sollten. Er meint, Ernst habe wohl noch immer nicht alle Details angegeben, weil es ihm schwer falle, den er heute noch verehre, belasten zu müssen. Durch das beeidete Zeugnis des Untersuchungsrichters wird festgestellt, daß Ernst ausgesagt hat, sein homosexueller Verkehr mit Eulenburg habe viele Jahre lang gedauert, die „Schmutzerei“ sei hunderte von Malen vorgekommen, sie haben oft zusammen im Bett gelegen usw. Der Verkehr sei, genau wie bei Riedel, mit der Frage nach dem „Mädel“ des Fischers eingeleitet worden. Weder Ernst noch Riedel hatten vorher auch nur das geringste von homosexuellen Beziehungen gewußt. —

Was ist bisher erwiesen?

Auf diese Frage antwortet die hardentreue „Neue Gesellsch. Korr.“, indem sie den Ruhetag für einen Rückblick benutzt:

Auf Bücher, die von Homosexualität und perversen Geschlechtsverirrungen aller Art handeln, hat Fürst Eulenburg, trotzdem sie ihm gehörten, den Namen des früheren Kammerherrn Grafen Edgar Wedel geschrieben, um den Verdacht von sich ab auf den ihm befreundeten Grafen zu lenken. Demselben Grafen Wedel hat der Fürst eine Sammlung von Bildern gezeigt, auf denen päderastische Akte dargestellt sind. Den städtischen Hausmeister Franz Dandl, der früher herrschaftlicher Diener war, hat Eulenburg um die Waden gekitzelt, später ihm den Arm um die Schultern gelegt und ihn wegen seiner schlanken Schönheit gelobt. Den Matrosen (jetzt Bergmann) Trost hat Eulenburg als Gast des Kaisers auf der „Hohenzollern“ im Jahre 1898 in eins der Gespräche zu ziehen versucht, mit denen Homosexuelle ihre Annäherungen zu beginnen pflegen, und ist dann mit einer Frage an ihn herangetreten, deren Unflätigkeit die Wiedergabe vor gesitteten Menschen unmöglich macht. Den Fischer Georg Riebel hat Eulenburg, damals Sekretär an der preußischen Gesandtschaft in München, zu homosexuellem Verkehr verführt und in seiner Wohnung (Eulenburgs) einem Freunde zu verkuppeln versucht. Den Fischer Jakob Ernst hat Eulenburg zu homosexuellem Verkehr verführt. Auf der Berliner Polizei gab es schon in der Zeit des Polizeidirektors von Meerscheidt-Hüllessem Aufzeichnungen über Eulenburgs Homosexualität. Trotzdem hat Fürst Eulenburg zweimal beschworen, daß er nie Schmutziges getrieben, einmal, daß er nie diejenige Form homosexuellen Verkehrs gepflegt habe, der er jetzt überführt ist. Festgestellt ist ferner, daß Fürst Eulenburg selbst (durch einen Brief) und indirekt durch Vermittelung seines früheren Sekretärs Kistler, der Hofrat geworden ist, versucht hat, den Fischer Ernst zum Meineid zu verleiten.

Er lügt wie Eulenburg.

Fürst Eulenburg ist in die gewöhnliche Verbrechertaktik verfallen; er leugnet alles, verläßt sich auf den Nimbus seiner Würde und des oft gerühmten „Charme“ seiner Persönlichkeit, vermag aber niemals und nirgends auch nur den dünnsten Gegen-

Zahlabend des Sozialdemokrat. Vereins Breslau

Heute, 13. Juli
Abends 8 Uhr in den Bezirkslokalen.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Das Beethoven-Denkmal in Paris. Wie aus Paris berichtet wird, ist die Aufstellung des Beethoven-Denkmals von Charmoy nun gesichert. Es wird in dem Ranelagh, der Promenade im 16. Arrondissement, in den Anlagen, die sich zwischen der Gürtelbahn, der Avenue Raphaele und dem Chateau de la Muette hinziehen, seinen Platz finden. Das Denkmal hat in Paris bereits seine Geschichte. Vor zwei Jahren sollte es bereits aufgestellt werden.

Rodins Zeichnungen. Wie aus Leipzig geschrieben wird, wird eine hundert Blatt umfassende Sammlung von Handzeichnungen Rodins, die einen seltenen Teil der künstlerischen Arbeit dieses Meisters darstellt, im September d. J. durch den Leipziger Kunstverein in dessen Ausstellungsräumen (zum ersten Male in Deutschland) zur Ausstellung gelangen. Man entsinnt sich, daß Rodins Zeichenkunst seinerzeit in Weimar zu einem Konflikt Veranlassung gegeben hat. Das Zustandekommen der Ausstellung ist hauptsächlich dem Leipziger Kunsthistoriker Dr. Georg Biermann zu danken.

Aus aller Welt.

Zum Kölner Brückeneinsturz.

Ueber die weiteren Ursachen des furchtbaren Unglücks macht unser Kölner Bruderblatt noch folgende Mitteilungen:

Das Ergebnis der amtlichen Untersuchung ist zwar noch nicht bekannt gegeben worden, aber soviel steht heute schon fest: es ist in unverantwortlicher Weise mit Menschenleben gewirtschaftet worden! Ein Monteur, der von Dortmund hierher kam, hat das Leergerüst bereits vor längerer Zeit als

„Todesfalle“

bezeichnet; wiederholt hat man von fachmännischer Seite auf die Unzulänglichkeit der Gerüste hingewiesen. Man stand kopfschüttelnd dabei, wenn man die ungeheuren Lasten auf das leicht gebaute Gerüst winden sah. Wie groß diese Lasten waren, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man die hölzernen einzeln zusammengenieteten Stücke, die auf Eisenbahnwaggons auf der Werft an der Brücke noch unausgeladen dastehen, in Augenschein nimmt.

Wer die Arbeiterverhältnisse der am Brückenbau beschäftigten Firmen seit längerer Zeit beobachtet hat, der mußte erkennen, daß hier in schlecht angebrachter Weise eine

skandalöse Sparwirtschaft

getrieben wurde. Bei dem Unglück fällt die große Zahl der jugendlichen Arbeiter, die jetzt zu Krüppeln geworden sind, auf. Die Bauleitung hat nämlich für die schwere, verantwortungsreiche Arbeit verhältnismäßig zu viel junge Leute beschäftigt, um an Arbeiterlöhnen und damit an den Baukosten zu sparen!

Wir machen bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß die Firma Grün u. Bilfinger, die die Ausführung der Fundamentierungsarbeiten übernommen hat, zum großen Teil ausländische Arbeiter beschäftigt, und zwar wahrscheinlich nur aus dem Grunde, um den einheimischen Arbeitern nicht den tariflich vereinbarten, um zehn Pfennige höheren Stundenlohn zahlen zu müssen! Das geschieht unter den Augen der staatlichen und städtischen Behörden! Will man warten, bis sich auch hier ein Unglück ereignet, ehe man die die Kölner Brückenbauten ausführenden Firmen dazu veranlaßt, nur solche Arbeiter einzustellen, denen man bei anständigen Löhnen anständige Arbeitsleistungen zutrauen darf? Will man auch hier durch ein großes Unglück über Dutzende von Arbeiterfamilien schwere Not und bitteren Jammer kommen lassen?

Wie uns ein beim Brückeneinsturz verletzter Arbeiter mitteilt, war zu der Zeit, als das Unglück sich ereignete, bei der Dortmunder Union

kein Verbandszeug

zur Stelle. Uns ist dieser Arbeiter als durchaus vertrauenswürdig bekannt. Wir wissen auch, daß die Beachtung der Arbeiterschutz-Vorschriften bei den Kölner Brückenbauten sehr viel zu wünschen übrig läßt. Aber an diese Ungeheuerlichkeit vermögen wir vorläufig doch nicht zu glauben. Wir erwarten deshalb, daß die untersuchenden Behörden volle Klarheit darüber schaffen. Wir erwarten aber auch, daß man nicht nur die Baufirmen, sondern vor allem die Arbeiter und die Organisationen über die Ursachen der Katastrophe befragt. Dann erst wird man volle Aufklärung schaffen können!

Bei einem Fest der oberen Zehntausend. Bei einem am Sonnabend Nachmittag stattgefundenen Blumenkorso in Wien, dem 50.000 Menschen beiwohnten, wurden infolge des Applauses der Menge vier vor das Brcak der Witwe des österreichischen Finanzministers Kaizl gespannte Pferde scheu. Frau Kaizl wurde vom Bock geschleudert, verletzte sich aber nur leicht an der Hüfte. Ihr Bräutigam, Edler von Geereys, sowie Baron Radberny stürzten ebenfalls aus dem Wagen und wurden ziemlich schwer verletzt. Ein Pferd konnte sich losreißen, wurde aber bald wieder eingefangen. Die drei anderen Pferde rasten mit dem Wagen in die Menschenmenge, die furchtbar schrie. Im Gedränge wurde die ehemalige tschechische Schauspielerin Sladinsky niedergestoßen und totgetreten. Achtzehn Schwerverletzte wurden in den Rettungshallen auf dem Ausstellungsplatz verbunden. Außerdem gab es dreißig Leichtverwundete. Die Schwerverwundeten mußten ins Krankenhaus gebracht werden, Erzherzog Karl Franz Josef ist auf der Unglücksstätte erschienen und beteiligt sich an den Hilfeleistungen.

Einem raffinierten Portohinterziehungstrick ist vor einigen Wochen ein Berliner Postamt auf die Spur gekommen. Den Beamten fiel seit einiger Zeit auf, daß eine größere Anzahl Postsendungen mit zerschnittenen Marken frankiert eingeliefert wurden, was man aber als „unvorsichtigerweise“ von seiten des Absenders geschehen betrachtete und so die Sendungen vollgiltig abstempelte. Da aber diese Briefschaften kein Ende nahmen, sich hingegen mehrten und auch die Zerschneidung immer auffälliger wurde, sah sich die Postbehörde genötigt, der die

beweis zu erringen. Dem Oberstaatsanwalt Isenbiel hat er während des zweiten Moltke-Hardenprozesses mit feierlicher Emphase gesagt: „Ich bin rein; ich versichere Sie, daß ich an allem, was mir nachgesagt wird, vollkommen schuldlos bin, ich habe mich nie auch nur der kleinsten sexuellen Verirrung schuldig gemacht und beschwöre Sie, für mich einzutreten." Dem Kriminalkommissar v. Treskow hat er im Januar 1908 gesagt: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort als deutscher Fürst, daß an all den Behauptungen über meine Homosexualität oder Perversität kein wahres Wort ist." Er hat behauptet, die Gerüchte stammten daher, daß er immer mit seinem homosexuellen Bruder Friedrich Botho verwechselt werde; die Behauptung ist seitdem als falsch erwiesen worden. Er hat gesagt, er kenne den Fischer Riedel überhaupt nicht, obwohl er schon vorher an Ernst geschrieben hatte, er könne sich an Riedel „kaum noch" erinnern. Auf der „Hohenzollern" will er bei der zotigen Annäherung an Trost Morgens um zehn Uhr angetrunken gewesen sein und versuchte das mit der Behauptung zu rechtfertigen, auf Befehl Seiner Majestät gab es dort schon bei der Morgenmahlzeit starke Getränke. Oberhofmarschall und Hausminister Graf August Eulenburg hat dann unter seinem Eide ausgesagt, Morgens werde auf der „Hohenzollern" nur Tee und Kaffee gereicht, und es sei „absolut ausgeschlossen", daß Morgens um 10 Uhr einer der Herren des kaiserlichen Gefolges angetrunken sein könne. Der Dandl will er an die Wade gefaßt haben, weil er „übel rieche"; doch ist festgestellt, daß er den Diener oft angefaßt, einmal beinahe umarmt und zärtlich angeredet hat, von üblem Geruche also nicht belästigt gewesen sein kann.

Kurz, über Eulenburgs „Wahrhaftigkeit" bestand in seinen Gesellschaftskreisen schon länger so wenig Zweifel, daß man in dieser Region zu sagen pflegte: „Er lügt wie Eulenburg!"

Unser Edgar.

Die „N. G. K." meldet: Als die Verfehlungen des Grafen Edgar Wedel durch Vorlegung des Münchener Protokolls bekannt geworden waren, sagte der Kaiser (auf einem zu Ehren des Königs von Schweden gegebenen Feste) in sichtlicher Erregung: „Denken Sie, unser Edgar ist auch solches Schwein!"

16. Verbandstag des Zentralverbandes Deutscher Brauereiarbeiter und verw. Berufsgenossen.

Nach Erledigung der Berichterstattung des Vorstandes setzt die Diskussion über den Bericht vom Gewerkschaftskongreß ein. — Der Gaubeamte für Bayern, Schrembs-Regensburg, kommt auf die Angriffe Winkelmanns in Hamburg auf die Brauereiarbeiter-Organisation zurück. Wie die Böttcher suchen auch die Handels- und Transportarbeiter-Verbände in der Brauereiarbeiter-Organisation das Karnickel. Es mache schon fast den Eindruck, daß auf jedem Gewerkschafts-Kongreß die Grenzstreitigkeiten an den Haaren herbeigezogen werden. Dadurch werden die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen in den Hintergrund gedrängt. — Klippel-Breslau freut sich darüber, daß der Gewerkschaftskongreß einmütig den Boykott als eine nicht entbehrliche Waffe im wirtschaftlichen Kampfe erklärt hat; für die verschiedenen Organisationen wurde der Verzicht auf den Boykott eine Selbstentwaffnung bedeuten. Kein Beruf habe unter Streikbrechern so zu leiden, als die Brauereiarbeiter-Organisation. Die Arbeiterschaft habe dann auch die Pflicht, die Wunden, die sie selbst geschlagen hat, mit heilen zu helfen. In Bezug auf die Grenzstreitigkeiten solle man nicht in den gleichen Ton verfallen, wie Winkelmann-Bremen auf dem Gewerkschafts-Kongreß. Aehnlich äußerte sich Wittich-Frankfurt. Man darf sich in die Lage der Grenzstreitigkeiten nicht vom Boden des Rechtes abdrängen lassen. Die Interessen der Hilfsarbeiter werden nach wie vor auch von uns energisch vertreten. — Der Hauptvorsitzende, Etzel-Hannover, konstatiert, daß bisher der Boykott nur in den alleräußersten Fällen angewendet wurde. Er persönlich sei kein Freund des Boykotts und habe immer nur davon abgeraten. (Hört, hört!) In vielen Fällen wurde aber der Hauptvorstand von Gewerkschaftskartellen zu Boykotts gedrängt. (Hört, hört!) In Bezug auf die Grenzstreitigkeiten kommt es uns nicht darauf an, ein Mitglied mehr zu haben, sondern darauf, daß dieses Mitglied mit uns arbeitet. In der weiteren Diskussion wenden sich Fischer-Breslau, Richter-Magdeburg, Amborn-Leipzig gegen die Aeußerungen der Böttcher und Transportarbeiter auf dem Gewerkschafts-Kongreß und sprechen den Wunsch aus, daß mit diesen Gewerkschaften, um die Grenzstreitigkeiten aus der Welt zu schaffen, ein Vertrag abgeschlossen wird. In seinem Schlußwort verweist der Referent Träger darauf, daß ein derartiger Vertrag bereits seit vier Jahren besteht. — Solange die Frage der Maifeier nicht anders geregelt ist, werden wir die Feier des 1. Mai einstellen.

Es folgt hierauf das Referat über die Verschmelzung zu einem Verbande der Arbeiter der Lebens- und Genußmittel-Industrie. Referent Götz-Würzburg meint, die Entwickelung der Organisation sei der Schatten der Entwickelung der Großindustrie. Diese Entwickelung zeige den Organisationen, welchen Weg sie in Zukunft zu gehen haben. Der Gedanke der Verschmelzung der Organisationen der Nahrungs- und Genußmittelbranche zu einem Industrie-Verband sei nicht neu. Die Frage habe schon 1894 den Gewerkschafts-Kongreß in Halberstadt beschäftigt. Redner weist darauf hin, daß auch die Mitglieder des Brauereiarbeiter-Verbandes durch Abstimmung im Prinzip sich für die Verschmelzung erklärt haben. Die Kämpfe in Rheinland-Westfalen haben gezeigt, wohin der Weg geht. Als Charakteristikum ist zu erwähnen, daß die Unternehmer-Organisationen in der letzten Zeit nunmehr dazu kamen, ihre Vertretung Rechtsanwälten zu übertragen. Dadurch, daß diesen jeder Einblick in unsere Berufe fehlt, werden immer mehr Reibungsflächen geschaffen und die Kämpfe immer schwieriger. Die Sympathie für die Verschmelzung hat in den letzten Jahren unter den Mitgliedern der beteiligten Organisationen zugenommen. Bei einer Verschmelzung könnte man die Kämpfe mit größerer Ruhe aufnehmen, weil immer ein Teil kampffrei sei und für die Mittel sorgen kann. Man solle nicht erst warten, bis sich das Scharfmachertum mehr ausbreitet und sich immer neue Machtmittel verschafft, sondern man solle bei Zeiten dagegen Maßnahmen treffen: Das Grundprinzip der Verschmelzung sei, daß man bei Kämpfen und Abwehr sich gegenseitig die Hände reicht. Der Redner schlägt zum Schlusse eine seinen Ausführungen entsprechende Resolution vor.

Der Korreferent, Wittich-Frankfurt, erklärte eingangs seiner Ausführungen, daß er kein prinzipieller Gegner von Industrie-Verbänden sei. Doch müssen die Voraussetzungen zu einer Verschmelzung erst gegeben sein, bevor er seine Zustimmung gebe. Redner verbreitete sich hierauf über die Gesichtspunkte, die für den Holz- und den Metallarbeiter-Verband maßgebend waren für ihre jetzige Organisationsform. Die Ausschaltung des Kleinbetriebs und die Einführung der Teilarbeit brachte die einzelnen Organisationen unter sich in ein Abhängigkeits-Verhältnis, das naturnotwendig zum Zusammenschluß dieser Organisationen zu Industrie-Verbänden führte. Solche Berührungspunkte und ähnliche Abhängigkeits-Verhältnisse sind bei den Bäckern, Metzgern, Konditoren und Brauern nicht gegeben. Notwendig sei es, alle Arbeiter der Brauindustrie in einer Organisation zu vereinigen. Bei der Verschmelzung zu einem Lebensmittelindustrie-Verband müßten für die einzelnen Berufe Sektionen gegründet werden, was nicht zur Verbilligung des Verwaltungsapparates beitrage. Der Redner beantragt, die Verschmelzung zur Zeit abzulehnen. — An die Ausführungen des Referenten und Korreferenten knüpfte sich eine lebhafte Debatte, in der die Gründe für und wider die Verschmelzung zu einem Industrie-Verband ausführlich erörtert wurden. Es wurde bedauert, daß der Hauptvorstand in der Verschmelzungsfrage keine konsequentere Stellung eingenommen habe.

Referent Götz erklärt in seinem Schlußwort, daß er mit seinen Ausführungen nicht beabsichtigt habe, die Verschmelzung schon in nächster Zeit herbeizuführen; der Redner ersucht jedoch die Delegierten, dem Gegenseitigkeitsvertrage zuzustimmen, ebenso die von ihm eingereichte Resolution anzunehmen.

Die Resolution des Referenten Götz wurde mit 43 gegen 23 Stimmen abgelehnt und folgende von Wittich-Frankfurt eingebrachte Resolution mit dem gleichen Stimmverhältnis angenommen: Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Verbandstag erklärt sich im Prinzip für die Gründung von Industrie-Verbänden, da der Zusammenschluß einzelner Berufsgruppen zu Industrie-Verbänden aus Zweckmäßigkeitsgründen geschieht, so kann nur dort der Zusammenschluß befürwortet werden, wo durch die technische Entwickelung die eine Berufsgruppe in das Abhängigkeitsverhältnis der anderen gebracht wird. In Anbetracht dessen, daß in den Berufen der Bäcker, Metzger, Müller und Brauereiarbeiter die Berührungspunkte, die andere Organisationen zum Zusammenschluß geführt haben, nicht vorhanden sind, ist vorläufig keine Notwendigkeit zum Zusammenschluß dieser Berufsgruppen gegeben. Es beschließt deshalb der XVI. Verbandstag von einer Verschmelzung der Organisationen der Bäcker, Metzger, Müller und Brauereiarbeiter vorläufig Abstand zu nehmen, weil die Voraussetzung für den Zusammenschluß fehlen."

Der vorgelegte Entwurf eines Gegenseitigkeits-Vertrages mit den erwähnten Verbänden wurde durch Stimmengleichheit abgelehnt.

Ein Antrag Karlsruhe: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Gründung eines Industrie-Verbandes in die Wege zu leiten. Er hat aber dafür zu sorgen, daß bei allen beteiligten Verbänden zuerst eine Urabstimmung stattzufinden hat und nur diejenigen Verbände zugelassen werden, bei welchen sich zwei Drittel der Mitglieder dafür erklären."

Es folgt hierauf die Generaldebatte über die auf Abänderung des Statuts lautenden Anträge bezüglich der Einführung von Staffelbeiträgen und Regelung der Unterstützungssätze.

Zum Vorstandsbericht wurde folgende Resolution votiert: „Der XVI. Verbandstag hat aus der Diskussion bezüglich der Anstellung der Hilfsbeamten im Hauptbureau die Ueberzeugung gewonnen, daß die von einzelnen Mitgliedern der Zahlstelle Hannover gegen den Hauptvorstand gerichteten Angriffe jeder Berechtigung entbehren. Die Delegierten mißbilligen daher diese auf Zwiespalt gerichteten verwerflichen Bestrebungen und erklären sich mit der Tätigkeit des Verbandsvorstandes einverstanden.

Partei-Angelegenheiten.

Zwei Redakteure hat jetzt der „Vorwärts" im Gefängnis sitzen. Dem Genossen Hans Weber ist am Mittwoch der Genosse Wermuth in die Bastille in Tegel gefolgt, um eine dreimonatige Freiheitsstrafe abzubüßen, die ihm wegen Beleidigung des Amtsrichters Stargardt in Mittenwalde auferlegt ist.

Vom Fortschritt der Parteipresse. Zwei weitere Redakteure, einen für das Ausland, den anderen für Gewerkschaftliches und Kommunalpolitik, sucht die Frankfurter „Volksstimme". Das Blatt verfügt, wenn die beiden Posten besetzt sind, über sieben ständige Redakteure; außerdem hat unser Frankfurter Bruderblatt einen sehr zahlreichen Stab ständiger lokaler und auswärtiger Mitarbeiter.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. In Zürich-Außersihl waren am Sonntag zwei Ersatzwahlen in den Kantonsrat zu treffen, wobei es sich um den Ersatz sozialdemokratischer Mandate handelte. Die Demokraten und Freisinnigen dieses Stadtteils haben vor einiger Zeit nach „berühmten" Mustern einen Block gebildet, um die Sozialdemokratie zu besiegen. Und nun das Resultat der ersten Blockaktion. Unsere Genossen Stigg und Schmid wurden mit 4100 Stimmen gewählt, während die beiden Blockkandidaten nur 1650 Stimmen erhielten.

Im Kanton Solothurn haben unsere Genossen am Sonntag bei den nach dem Proporz vorgenommenen Gemeindewahlen schöne Erfolge errungen. In der Stadt Solothurn haben unsere Genossen zu ihren bisherigen 2 Vertretern im Gemeinderat 3 weitere hinzugewonnen. Der Gemeinderat zählt 30 Mitglieder. In Olten wurden 9 statt der bisherigen 6 sozialdemokratischen Vertreter gewählt, in Biberist wurden 10 statt der bisherigen 3 Sozialdemokraten gewählt, womit unsere Partei die Mehrheit besitzt; das gleiche ist der Fall in Derendingen, wo 12 Sozialdemokraten und 9 Bürgerliche gewählt wurden, ebenso in Lostorf, wo sich 6 Sozialdemokraten und 5 Bürgerliche gegenüberstehen. In Grenchen sind 13 Sozialdemokraten und 15 Bürgerliche, in Trimbach 3 Sozialdemokraten gewählt. Die sozialdemokratische Saat reift.

Arbeiterbewegung.

Die Banditen werden zum Arbeiten schon gezwungen werden.

Wegen der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der fortgesetzten Gedingereduzierungen ist der Belegschaftswechsel — schreibt die „Bergarbeiterzeitung" — auf der Zeche de Wendel sehr groß. Um Ersatz für die massenhaft abkehrenden Arbeiter zu erhalten, hat man sich durch Agenten nach Oberschlesien gewandt. Am 3. Juni ist eine Sendung von 120 und am 18. Juni von 60 Mann von dort angekommen. Nach Angabe der Leute sind Durchschnittslöhne von 6,50 Mark versprochen worden, auch könnten 7, 8, 9 Mark verdient werden. Die Enttäuschung der Leute war daher sehr groß, als sie hier ankamen und viele haben schon wieder den Staub von den Pantoffeln geschüttelt, zum großen Aerger der Zechenverwaltung. Außerdem sind die Leute das Arbeiten in den flachen Flözen nicht gewohnt und ist es erklärlich, daß sie infolge der ungewohnten Arbeit häufig so erschöpft sind, daß sie Schichten feiern müssen. Das paßt aber dem Herrn Betriebsführer nicht in den Kram und er erließ an die Herren Steiger folgenden Ukas:

---

dahin als harmlos genommenen Manipulationen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, insbesondere die Sendungen hinsichtlich ihres Absenders im Auge zu behalten, wodurch sich ergab, daß es immer derselbe Absender war. Auf Grund dieses Faktums beschlagnahmte die Postbehörde eine größere Anzahl Briefsendungen und leitete eine Untersuchung ein, die das Resultat hatte, daß man es mit einer genialen Defraudation zu tun hatte, wobei sich der Absender jener Briefe den oft zu beobachtenden Umstand, daß die Postwertzeichen nicht selten kaum bis zu ihrer Hälfte vom Entwertungsstempel betroffen sind, zunutze zu machen verstanden hatte, indem er den entwerteten Teil der Marken durch Abschneiden entfernte und dann die so gewonnenen nicht entwerteten Markenteile durch geschicktes Zusammensetzen wieder zu vollgiltigen Marken vereinigte. Bei einigen der sonst ziemlich genau stimmenden Zusammensetzungen war jedoch die Nichtzusammengehörigkeit so deutlich ausgeprägt, daß man auf Grund dessen, sowie im Verein damit, daß bei dem Defraudanten eine eigenartige Briefmarkensammlung gefunden wurde, eine Portohinterziehung als geschehen erachtete. Den Hinterzieher werden seine Künste ziemlich teuer zu stehen kommen, da ja bekanntlich das Reichs-Postgesetz für jeden Fall der Hinterziehung eine Strafe von 3 Mark (mindestens) androht, was bei der großen Anzahl der Sendungen ein nettes Sümmchen ausmacht.

Die Mörderin Grete Beier, die vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, wurde nach einer Meldung aus Chemnitz vom König von Sachsen zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Die „Leipziger Abendzeitung" auf einer Postkarte. Der Verband II für Nationalstenographie hielt dieser Tage seinen 9. Verbandstag in Chemnitz ab. Mit ihm war eine stenographische Ausstellung verbunden. Dabei stellte Herr Balthasar Becker aus Leipzig eine Reihe Arbeiten künstlerischer Art aus. Wie der „Leipziger Abendzeitung" mitgeteilt wird, hat er es fertig gebracht, die Nummer vom 22. April 1908 der „Leipz. Abendztg." in kleiner stenographischer Schrift auf eine Postkarte zu schreiben. Diese Nummer der „Leipz. Abendztg." enthält rund 57 500 Silben. Zum Schreiben dieser Postkarte brauchte Herr Becker sechs volle Tage, das Zählen der Silben nahm drei volle Tage in Anspruch. Die Arbeit ist gegenwärtig in Nammenau ausgestellt.

Wieder ein abgebranntes Alpendorf. In dem Dorfe Bonaduz, einer Station an der Eisenbahnlinie Chur—Thusis, brach Großfeuer aus, das in drei Stunden fast die ganze Ortschaft einäscherte. Ueber hundert sind Gebäude zerstört; nur die Kirche, das Schulhaus und ein Hotel blieben unversehrt.

Die Mörderin ihrer eigenen Kinder. Das Schwurgericht verurteilte die Arbeiterfrau Franz aus Meferitz wegen Totschlags, begangen an ihren beiden Kindern, zu drei Jahren Gefängnis. Die Angeklagte hatte sich selbst der Polizei, unter der Verdächtigung, daß sie ihre beiden Kinder in den Jahren 1902 und 1904 mit einer Schnur erdrosselt habe.

Eine rätselhafte Mordsache. Am 16. November v. J., Nachts, wurde der Landwirt Hemm in Fladersbach im Bergischen von zwei Personen im Bette überfallen und erstochen. Die Täter waren nicht zu ermitteln. Am Sonnabend wurde nun nach achttägiger Verhandlung die Witwe des Ermordeten wegen Beihilfe zum Mord vom hiesigen Schwurgericht zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ueber den Todessturz zweier belgischer Bergarbeiter, der sich in einem an Unfällen reichen Montandistrikt der Provinz Henegau ereignet hat, wird berichtet: Im Kohlenrevier Borinage ist, wie vor einigen Wochen, ein Förderkorb in die Tiefe gestürzt. In dem Förderkorb befanden sich zwei Arbeiter, deren Leichen bis jetzt jedoch noch nicht geborgen werden konnten. Das Unglück geschah infolge Bruchs der Seilwelle in einem Luftschacht der Zeche Ecornaux, den die beiden Arbeiter revidieren sollten.

Eine Berliner Lehrerin in den Alpen abgestürzt. Von der Pallarspitze im Karwendelgebirge ist, wie ein Privat-Telegramm aus München meldet, die Lehrerin Anna Apelt aus Oberschöneweide bei Berlin abgestürzt. Sie war sofort tot. Ihre Leiche wurde zunächst nach Scharnitz gebracht, die Beerdigung findet in Mittenwald in Oberbayern statt. — Fräulein Anna Apelt war 30 Jahr alt und seit einer Reihe von Jahren in einer Gemeindeschule in Oberschöneweide tätig. Ihre Mutter, eine Witwe, ist auf die Nachricht von dem plötzlichen Tode ihrer Tochter nach Oberbayern abgereist. Fräulein Apelt hat seit acht Jahren Alpentouren unternommen; sie war Mitglied der Ortsgruppe Berlin des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins. Sie galt als tüchtige Bergsteigerin und war alpinistisch ausgerüstet. Der Absturz erfolgte von einer völlig ungefährlichen Stelle, auf der sie der Führer abgeseilt hatte, da sie einen plötzlichen Schwächeanfall erlitt.

Ein Dienstmädchen als Mörderin der Herrschaft. Unter dem schweren Verdacht des Mordversuchs ist das noch nicht 18 Jahre alte Dienstmädchen eines zu Braunschweig wohnenden Bäckermeisters festgenommen worden. Das Mädchen hat gestanden, daß es versucht habe, seine Herrschaft mit Kiesalz zu vergiften, indem es dieses Gift der Mittagssuppe beimengte. Das Mädchen gibt, nach der „Br. Landesztg.", als Grund seiner Handlungsweise an, es habe zu viel Arbeit gehabt und geglaubt, auf diese Weise von seiner Herrschaft loszukommen. An der durch chemische Einwirkung hervorgerufenen Veränderung der Farbe der Suppe ist die ruchlose Absicht des Mädchens rechtzeitig erkannt worden.

Fünfzig Personen vergiftet. In Frankreich, wo erst kürzlich 300 Personen durch den Genuß von Enten nach Roquefort Art erkrankten, hat sich eine neue Massenvergiftung ereignet. Aus Paris wird nun depeschiert: Aus Contenne bei Domfront, Departement Orne wird ein Fall von Massenvergiftung gemeldet. [illegible] bisher nicht festgestellt werden konnte. Nach einer Version ist die Vergiftung durch verdorbene Milch, nach einer anderen durch Wasser, das einem vergifteten Brunnen entnommen wurde, verursacht worden. Von 50 erkrankten Personen sind neun gestorben. Das Befinden von zehn anderen gibt zu den ernstesten Befürchtungen Anlaß.

Ein gefährliches Spielzeug. In Dijon spielten drei Kinder mit einer Flasche, als plötzlich eine furchtbare Explosion erfolgte, wodurch zwei der Kinder auf der Stelle getötet wurden, während das dritte Kind schwerverletzt darniederliegt. Wie sich nachträglich herausgestellt hatte, befand sich in der Flasche Nitroglycerin. Eine gerichtliche Untersuchung ist bereits eingeleitet worden, um festzustellen, auf welche Weise die Kinder in den Besitz der Flasche gelangt sind.

Das Treiben eines verrückten Pfarrers. Ein aufsehenerregender Fall anonymer Briefschreiberei hat nach längerer Untersuchung dadurch seinen Abschluß gefunden, daß der als Täter ermittelte evangelische Pfarrer Biegler von Hähnlein a. d. Bergstraße durch irrenärztliches Gutachten für geisteskrank befunden und außer Verfolgung gesetzt wurde. Er befindet sich in der Landesirrenanstalt Hoppenheim. Jahre hindurch richtete er unter dem Deckmantel der Namenlosigkeit Briefe beleidigenden, teilweise unflätigen Inhalts an Einwohner seiner Gemeinde und Anzeigen an Behörden bis zuletzt, da mit seiner Versetzung von Hering i. O. das schmähliche Treiben in seinem neuen Wohnort begann, der Verdacht gegen ihn sich erhob. Mit größter Hartnäckigkeit leugnete er lange Zeit die Beschuldigung, räumte aber endlich in der Irrenanstalt die durch Schriftgutachten des Gerichtschemikers Dr. Popp-Frankfurt a. M. bestätigte Urheberschaft eines Teils jener Briefstücke ein. B. ist ein hochgebildeter, kenntnisreicher Mann und hat bisher einwandfrei seines Amtes gewaltet. Er ist verheiratet, aber kinderlos.

Kleine Chronik. Das Schwurgericht Kiel verurteilte die Frau Petersen wegen Abtreibung zu sechs Jahren Zuchthaus, Frau Heinrich zu einem Jahre Gefängnis, eine Lehrerin zu sechseinhalb Monaten, drei Mädchen zu je sechs Monaten und eine Verkäuferin zu sieben Wochen Gefängnis. Zwei Frauen wurden freigesprochen. Das Schwurgericht beschloß, bei den letzten fünf Verurteilten den Strafaufschub zu befürworten. — Der Seeleutnant Richter vom Linienschiff „Kaiser Wilhelm der Große" hat sich in Kiel erschossen. Ob Richter mit obigem Prozeß in Verbindung stand, wird nicht gemeldet; Seeoffiziere waren darin verwickelt. — Im Zuge Bielefeld—Paderborn schoß ein aus Wilhelmsdorf entwichener, in Halberstadt ergriffener 18jähriger Fürsorgezögling auf dem Rücktransport auf seinen Transporteur, dann tötete er sich selbst durch einen Schuß in die Brust. — Beim Niederreißen der höheren Töchterschule in Lahr stürzte das ganze Mittelgebäude ein und begrub drei Arbeiter unter den Trümmern. Mehrere andere auf der Arbeitsstelle beschäftigte Arbeiter wurden schwer verletzt. — Aus Lorient wird berichtet: Schwere Gewitter, welche im Departement Morbihan niedergingen, verursachten den Tod von 10 Personen, während 20 verletzt wurden. Der Blitz zündete an mehr als 20 Stellen Feuer. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

An sämtliche Herren Steiger!

Ich bitte die Herren, sich über die Oberschlesier zu informieren, wer davon in der Menage ist. Wenn von diesen einer feiert, bitte ich, mir sofort Mitteilung zu machen, damit ein solcher Kunde sofort ausquartiert wird. Auf diese Weise werden die Banditen schon zum arbeiten gezwungen werden.

16. 6. 08. Grönting.

Dieser allerhöchste Erlaß des Herrn Betriebsführers kennzeichnet so recht den auf der Zeche herrschenden Geist. Ein Kommentar könnte seine Wirkung nur abschwächen.

Ein Reinfall der Reeder. Der Hamburger Reederverein hatte zu Anfang dieses Jahres mit Klage gegen den Hafenarbeiterverband insofern Glück, als gegen diesen ein Einhaltsbefehl erlassen wurde, wonach er bei 1500 Mark Strafe keine Warnungsnotizen vor Zuzug veröffentlichen dürfe. Vor einigen Wochen hat das Hanseatische Oberlandesgericht als Berufungsinstanz die Berufung des Klägers gegen das Teilurteil des Landgerichts vom 4. Februar d. J., wonach die Klage gegen die Mitgliedschaft der Schauerleute des Hafenarbeiterverbandes zurückgewiesen wurde, verworfen, während in den anderen Klagepunkten die Reeder ein obsiegendes Urteil erzielten, indem dieser Teil der Klage dem Grunde nach für berechtigt erklärt wurde.

Ueber die Klageabweisung gegen die Schauerleute sagte das Oberlandesgericht:

. . . . Daß bei einem nicht rechtsfähigen Verein einzelne juristische Personen und nicht rechtsfähige Vereine zugleich Mitglieder sind, ist nichts seltenes und unterliegt keinem rechtlichen Bedenken. Es würde daher rechtlich nichts im Wege sein, die Mitgliedschaft, obwohl sie nur einen Teil des Verbandes bildet, als nicht rechtsfähigen Verein innerhalb des Verbandes aufzufassen. Das wäre aber nur zulässig, wenn dem Statut entnommen werden könnte, daß für die Mitgliedschaft ein Wirkungskreis besteht, der sich neben demjenigen des größeren Verbandes als ein selbständiger, vom Verbande unabhängiger darstellt. Gerade an dieser Voraussetzung fehlt es aber.

Ferner wurde beschlossen, Beweis zu erheben über die Behauptungen der Beklagten:

vor und beim Abschluß der beurkundeten Abmachungen sei sowohl von seiten der Arbeitgeber wie der Vertreter der Arbeiter darauf hingewiesen worden, daß jene Abmachungen keine rechtliche, sondern nur eine moralische Verpflichtung beider Teile bedeuten; daß sie auch nur für die erste Zeit nach der Aufhebung der Sperre, und spätestens bis 1. Oktober 1907, gelten sollten; daß ferner der Beklagte Doering bei den Verhandlungen, welche zu jenen Abmachungen geführt hätten, ausdrücklich erklärt habe, daß er und sein Verband auf die Presse, insbesondere das Echo und den Vorwärts, keinen Einfluß ausüben und daher für etwaige Zeitungsartikel keine Verantwortung übernehmen könnten.

Vor kurzem hat das Oberlandesgericht als Berufungsinstanz von neuem verhandelt. Die Beweiserhebung hat nun ergeben, daß es sich damals nur um eine Abmachung mit moralischer Verpflichtung gehandelt hat. Das jetzt gefällte Urteil des Oberlandesgerichts lautet, unter Aufhebung der Urteile des Landgerichts und der einstweiligen Verfügungen, wonach dem beklagten Verbande unter Strafandrohung untersagt war, den Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg zu stören oder die von dem Kläger angenommenen Kontraktarbeiter als Streikbrecher zu bezeichnen, auf Abweisung der Klage. Die Kosten der Berufungsinstanz und die durch das Verfahren betreffend die einstweilige Verfügung der ersten Instanz entstandenen Kosten fallen dem Kläger zur Last.

Die Reederpresse wird nun gegen das Urteil Sturm zu laufen suchen, weil es nicht in den Streifen der Kampfestaktik gegen die Arbeiter paßt. Die Zivilrechtsprechung soll nach dem Ausspruch eines Sekretärs der Unternehmerorganisation mehr als bisher gegen die Arbeiter bei Lohnkämpfen in Anspruch genommen werden.

Zum Mannheimer Lohnkampf. Zum Ausstand bei der Firma Brown, Boveri u. Co., an dem etwa 1400 Arbeiter beteiligt sind, und der schon 5 Wochen dauert, teilt die „Volksstimme" mit, daß Verhandlungen zwischen dem Verbande der Industriellen und dem Metallarbeiterverband im Gange sind. Ein Ergebnis ist indessen bis jetzt noch nicht erzielt worden.

Zur Bauarbeiterbewegung in Paris. Die Verkündigung der Aussperrung der Bauarbeiter hat großes Aufsehen erregt. Die syndizierten Arbeiter werden versuchen, die nicht syndizierten, die der Aussperrung nicht unterworfen sind, zu veranlassen, gemeinschaftliche Sache mit den Ausgesperrten zu machen. Man befürchtet bei dieser Gelegenheit Unruhen, weshalb durch die Polizei bereits umfassende Maßregeln getroffen worden sind. Die Hauptwerkstätten werden von Polizei- und Gendarmeriebeamten scharf bewacht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. Juli.

Geschichtskalender.

14. Juli.

1602 Der französische Staatsmann Mazarin *.
1789 Erstürmung der Bastille. Beginn der französischen Revolution.
1884 Kamerun an das deutsche Reich.
1889 Internationaler Arbeiterkongreß — Stiftung der Maifeier.

---

* **Wie ein konservativer Gutsschmied Sozialdemokrat wurde,** lehrt nachstehender, an die Redaktion des „Landboten" in Königsberg gerichtete Brief aus Alt-Essen vom 29. Juni d. J. Derselbe lautet wörtlich:

Ich bitte hiermit um Zustellung des „Landboten" und bezahle ihn auch gleich für das ganze Jahr. Ich habe jetzt das zweite Mal meiner Heimat Ostpreußen den Rücken gekehrt. Aber das erste Mal, als ich meine Heimat verließ, nahm ich den „Landboten" noch nicht in die Ferne mit; denn früher war ich christlich-konservativ und wäre dieser Richtung auch treu geblieben bis an den Tod, wenn mich nicht mein Weg noch einmal nach der Heimat zurückgeführt hätte. Da habe ich nämlich erst am eigenen Leibe die barbarischen Zustände in Ostpreußen, meiner Heimat, kennen gelernt, unter denen die ländliche Arbeiterbevölkerung zu leiden hat. Jeder wahre Patriot, der sein Volk und sein Vaterland lieb hat, muß solche Zustände verfluchen. Dieses, Ausnahmegesetzen entsprungene ländliche Elend ist nebst Gott nur den Sozialdemokraten zu klagen; denn von anderen werden die Klagen nicht gehört. Als der konservativ-christlich sein wollende „Volksfreund" sich anfangs dieses Jahrhunderts für das Kontraktbruchgesetz ins Zeug legte, da machte ich ihn von Thüringen aus, wo ich damals wohnte, aufmerksam, daß es so schon schlecht genug mit der ländlichen Arbeiterbevölkerung stände und es keiner Verschlechterung mehr bedarf. Der „Volksfreund" teilte darin meine Meinung, aber er tröstete mich, daß es besser werden würde.

Nun, diese Besserung habe ich jetzt gründlich kennen gelernt in den paar Jahren, die ich nun wieder in der Heimat verlebt habe. Wohl hatte ich zur Rückkehr keine Not. Aber ich dachte, in der Heimat schläft sich's besser, wenn auch auf hartem Lager. Ich wußte aber nicht, daß der Landarbeiter heute in Ostpreußen keine Heimat mehr hat. Ich erwähne als Beispiel nur einen von mehreren mir passierten Fällen. Am August 1907 schloß ich mit einem Gutsbesitzer im Kreise Goldap einen Vertrag auf ein Jahr. Meine mir obliegenden Arbeiten habe ich gewissenhaft, sogar zur Zufriedenheit des Besitzers erfüllt. Bis zur Winterszeit, als ich ihm wohl zu teuer wurde, da suchte er mich auf die niederträchtigste Art los zu werden. Meiner Kuh entzog der Besitzer das zum Deputat gehörige Futter. Dann hatte er fortgesetzt etwas an meiner Maschinenarbeit zu nörgeln. Befehle, die er heute erteilte, widerrief er unter Fluchen und Schimpfen morgen wieder. Bei der geringsten Rechtfertigung meinerseits brauste er dann wütend auf. Bei einer dieser vom Zaune gebrochenen Auseinandersetzungen entließ mich der Besitzer auf der Stelle. Ich suchte Rat und Schutz bei dem Amtsvorsteher, der stand mir nicht einmal Rede und Antwort. Barsch wies er mich ab. Meine Kuh ließ der Besitzer bei Frost und Schnee auf die Straße führen. Auch ich sollte mit meiner Familie die Wohnung verlassen, obdachlos werden. Noch ehe ich eine andere Wohnung fand, klagte der Besitzer auf Exmission.

Vor Gericht erklärte ich, laut Kontrakt Anspruch auf die Wohnung zu haben, und nicht ich, sondern der Besitzer hätte den Kontrakt gebrochen. Der Richter belehrte mich aber, zum Halten des Kontrakts könnte der Besitzer nicht gezwungen werden. Auch wenn dieser den Kontrakt gebrochen hat, müsse ich die Wohnung räumen, wenn das Arbeitsverhältnis gelöst sei. Mir stehe aber, so belehrte mich der Richter weiter, das Recht zur Klage auf Entschädigung gegen den Besitzer zu. Ich wurde verurteilt, die Wohnung zu räumen. Irgendwo fand ich ein primitives Obdach, Winter über aber keine Arbeit. Auch mußte ich für die Kuh Futter kaufen. Unter Aufwendung großer Kosten, wobei meine Ersparnisse draufgingen, strengte ich nun eine Schadenersatzklage gegen den Besitzer an. Die erste Instanz wies mich ab. Die zweite Instanz entschied zwar zu meinen Gunsten, entdeckte aber auch gleichzeitig einen Formfehler in der Klage. Denn nach einer Kabinettsordre vom Jahre 1837 war ich als Landarbeiter — unter die Kategorie Arbeiter gehörte ich als Schmiedemeister nach Ansicht des Gerichts — verpflichtet gewesen, erst die Vermittelung der Ortspolizei — also des Amtsvorstehers — nachzusuchen, ehe ich vor Gericht zu klagen begann. Nun berief ich mich zwar auf den Amtsvorsteher, dessen Rat ich einzuholen versuchte, der mich aber barsch und grob abgewiesen hatte. Der Amtsvorsteher wurde denn auch als Zeuge vernommen, beschwor aber, daß ich wohl bei ihm gewesen wäre, aber Vermittelung nicht verlangt hätte. Also wurde ich mit meiner Entschädigungsklage abgewiesen und mir nur mein rückständiger Lohn bis zum Tage der Entlassung zugesprochen.

Ob nun das Gericht richtig geurteilt hat, weiß ich nicht, auch nicht, ob die Kabinettsordre zu Recht besteht.

Aber das Haus, aus dem die Kabinettsordre hervorgegangen ist, mag jetzt brennen, da gehe ich nicht löschen. Aber Dank bin ich der preußischen Gerichtsbarkeit doch schuldig. Sie hat mich zu dem gemacht, was ich jetzt bin, zum Sozialdemokraten. Und das ist viel wert. Aber nicht ich allein, Tausende sind auf diese Art auf den richtigen Weg geführt worden. Und so treiben die sogenannten Staatserhaltenden ihr Zerstörungswerk an sich selbst weiter. Ein Zeichen, daß wenig Weisheit dahintersteckt.

Mit bestem Gruß

allzeit Ihr

F. Jessat.

---

* **Der Sozialdemokratische Verein für Breslau-Land-Neumarkt** hielt am Sonntag Nachmittag im hiesigen Gewerkschaftshause seine ordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen u. a. der sehr umfangreiche Geschäfts- und Kassenbericht für 1907, Statutenänderungen und Vorstandswahl.

Genosse Schütz gab zu dem in der „Volkswacht" veröffentlichten ausführlichen Geschäftsbericht noch erläuternde Erklärungen. Er hob hervor, daß mit Rücksicht auf das kurze Bestehen des Vereins das Ergebnis der Tätigkeit immerhin ein Befriedigendes zu nennen sei, wenn auch noch manches zu wünschen übrig bleibt. Der Verein habe sich erfreulich entwickelt, die Mitgliederzahl sei um 500 gestiegen. Berücksichtige man die Schwierigkeiten der Agitation auf dem Lande, so sei der Erfolg ein nicht zu unterschätzender. Genosse Scholich warf einen Rückblick auf die Gemeindewahlen, die für die Genossen ein recht günstiges Resultat hatten. Freilich war ein großes Arbeitsfeld zu beackern, der aber gute Früchte getragen hat. Genosse Hermann erstattete den Kassenbericht, wobei er nicht unerwähnt lassen konnte, daß die Abrechnung der Distriktsführer insofern oft zu wünschen übrig lasse, als die Zahl der geleisteten Beiträge der Mitgliederzahl nicht entspricht. Für die Folge solle das besser werden. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt.

Es wurde darauf in Rücksicht auf das neue Vereinsgesetz eine Abänderung der Vereinssatzungen vorgenommen. Bei dem Antrage des Vorstandes, den Monatsbeitrag der aufzunehmenden Frauen auf 20 Pf. festzusetzen unter Gratislieferung der „Gleichheit", setzte eine rege Diskussion ein. Einige Redner hielten den Beitrag für zu hoch, da ihn doch die Männer zahlen müßten, auch wurde angeführt, daß die Frauen zu wenig Zeit haben, neben der „Volkswacht" noch die Frauenzeitung zu lesen. Ueberdies werde sie auch nicht von allen Frauen verstanden. Demgegenüber betonten andere Redner, daß gerade für die Frauen auf dem Lande Aufklärung nötig sei. Solche Ansichten, daß zum Lesen keine Zeit übrig bleibe, und daß die Artikel nicht verstanden werden, wären durchaus nicht am Platze. Es sei Sache der Männer, die Frauen auf die Wichtigkeit der Arbeiterpresse hinzuweisen. Diese Meinung drang schließlich durch und der Vorstandsantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Im übrigen gelangte das neue Statut, deren Paragraphen Schütz vorlas, einstimmig zur Annahme.

Eine kurze Debatte rief die Frage der Kranzspende für verstorbene Mitglieder hervor. Es wurde der Wunsch geäußert, daß bei Beerdigungen, bei denen Geistliche amtieren, Kränze seitens des Vereins nicht gespendet werden sollten. Dem wurde jedoch widersprochen. Nicht alle Geistlichen nähmen an der roten Schleife Anstand. Es wurde beschlossen und protokolliert: jedes Mitglied erhält nach dem Ableben einen Nachruf in der Volkswacht und war der Verstorbene ein Jahr und länger Mitglied des Vereins, auch einen Kranz mit roter Schleife mit entsprechender Widmung, wenn die Hinterbliebenen nicht Einwendungen dagegen erheben. In diesem Falle unterbleibt die Kranzspende. In den Vorstand wurden gewählt die Genossen Schütz und Mischke als Vorsitzende, Littmann und Klose als Schriftführer und Frau Schablinsky-Pöpelwitz als Beisitzende.

Die weiteren Verhandlungen betrafen den Boykott und Wahl einer Lokalkommission. Schütz und Scholich ermahnten zum Schluß zur regen Mitarbeit.

Ausgaben der Provinz Schlesien.

Der Provinzialverband von Schlesien hat im Rechnungsjahre 1907 zur Erfüllung seiner Ausgabeverpflichtungen aufwenden müssen:

Zuschüsse zur Unterhaltung der Heil- und Pflege-Anstalten zu Leubus, Brieg, Bunzlau, Plagwitz, Kreuzburg, Rybnik, Tost, Lublinitz und Lüben 719.181 Mk., zur Unterstützung der Taubstummen- und der Blindenanstalten, sowie zur Gewährung von Freistellen in Idiotenanstalten 486 581 Mk., zur Unterstützung milder Stiftungen neben umfangreicheren Aufwendungen aus dem Dispositionsfonds des Provinziallandtages 25 252 Mk., zur Fürsorgeerziehung Minderjähriger als ein Drittel Anteil der Provinz von den Gesamtkosten 264.944 Mk., Zuschuß zur Unterhaltung der Hebammenlehranstalten in Breslau und Oppeln 95.837 Mk., zur Förderung der Landwirtschaft, insbesondere des landwirtschaftlichen Unterrichts 50.700 Mark, zur Förderung von Kunst- und Wissenschaft 121.572 Mark, zur Unterhaltung der Provinzialstraßen und zur Förderung des Baues von Verkehrsanlagen 3 807.064 Mk., zur Unterstützung von Landesmeliorationen 416 000 Mk., zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft neben der gleich hohen Staatsbeihilfe 80 000 Mk., zur Ausführung des Gesetzes betreffend den Ausbau der Hochwasserflüsse Schlesiens 999 283 Mk., Beihilfen an die Landkreise zur Durchführung der Kreisordnung 345.453 Mk., zur Erleichterung der Armenlasten an die beiden Landarmenverbände und zur Unterstützung leistungsschwacher Kreise und Gemeinden 658.669 Mk., unvorhergesehene Ausgaben 16.910 Mk., Verwaltungskosten 742 413 Mark, Pensionen und Unterstützungen 79.437 Mk., für außerordentliche Bauausführungen und Einrichtungen in den Provinzialanstalten 171.248 Mk., zusammen 9.679.240 Mk.

An eigenen Einnahmen standen zur Verfügung (einschl. eines Anleihebeitrages für Hochwasserschutzbauten von 368.000 Mk.) 6.318.132 Mk. Der Ueberrest mußte durch Provinzialsteuer aufgebracht werden, die in Höhe von 9,65 Proz. der der Verteilung der Kreis- bezw. Gemeindesteuern zugrunde gelegten Steuerbeträge erhoben wurde.

---

* **Wo Eile nottut.** Der Breslauer Magistrat weiß vom Gewerbegericht, wie notwendig es für den Arbeiter ist, im gegebenen Falle so rasch wie möglich sein Recht zu finden und die Art, wie das Gewerbegericht ausgebaut worden ist, zeigt auch, daß der Magistrat für diese Notwendigkeit Verständnis besitzt. Um so verwunderlicher ist es, von demselben Magistrat als Aufsichtsbehörde der Krankenkassen das gerade Gegenteil beobachten zu müssen. So ist z. B. am 15. August ein Arbeiter einer hiesigen Ortskrankenkasse beigetreten und am 20. August hat derselbe Arbeiter sich krank gemeldet. Die Krankenkasse weigerte sich, Krankengeld zu zahlen, unter der Motivierung, der Arbeiter gehöre einer freien Hilfskasse an, seine Krankheit habe bereits bestanden, ehe er der Ortskrankenkasse beitrat und der Beitritt sei lediglich erfolgt, um während der Dauer der Krankheit aus zwei Kassen Krankengeld beziehen zu können. Der Fall interessiert hier sonst nicht weiter. Interessant aber ist, daß der Arbeiter beim Magistrat am 14. September Klage gegen die betreffende Kasse anstrengte. Die Klagebeantwortung der Kasse trägt das Datum des 18. Oktober. Am gleichen Tage wurde dem Kläger eine Abschrift davon zu einer Gegenäußerung binnen vierzehn Tagen zugestellt. Diese erfolgte unter dem Datum des 8. November. Und nun rate man, wieviel Zeit nötig war, bevor der Magistrat dazu kam, eine Entscheidung zu fällen. Es ist schwer zu glauben, aber trotzdem wahr: nach sieben und einem halben Monat, nämlich am 24. Juni cr. ist der Fall entschieden worden. Die Kasse ist, was für unsere Betrachtungen nebensächlich ist, zur Zahlung von 46 Mark Krankengeld verurteilt worden. Bei einem solch schleppenden Geschäftsgange aber hätte der Kläger inzwischen schon ein paar andere Krankheiten haben und gestorben sein können. Es tut dringend Not, daß in Zukunft auch derartige Streitigkeiten so rasch wie möglich zur Entscheidung kommen.

* **Ferien im Reichsversicherungsamt.** Während der Zeit der Gerichtsferien wird zufolge offiziöser Mitteilung die Spruchtätigkeit des Reichsversicherungsamtes wie in den früheren Jahren eingeschränkt werden. Vom 15. Juli bis zum 15. September werden zur Erledigung der besonders eilbedürftigen Sachen sowohl in Unfall- wie in Invalidenversicherungsstreitigkeiten wöchentlich mehrere Sitzungen stattfinden. Auf die Fristen zur Einlegung des Rechtsmittels des Rekurses und der Revision (ein Monat, vom Tage der Zustellung des Schiedsgerichtsurteils an gerechnet) hat diese Ferienordnung keinen Einfluß. Sie müssen also eingehalten werden.

* **Aus der Armenpflege.** In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses Breslau wurde u. A. Klagen zwischen Armenverbänden folgender interessante Fall verhandelt. In Rosenthal bei Breslau lebte vor mehreren Jahren eine Arbeiterfamilie. Zwischen den Eheleuten herrschte fortwährender Zank und Streit. Sie hatten einen Sohn, der von den Eltern schlecht behandelt wurde. Schließlich verließ der Mann seine Frau böswillig, sein Aufenthalt ist unbekannt. Der Knabe wurde mit Wunden bedeckt auf der Landstraße aufgefunden. Zur Mutter wollte der Knabe nicht zurückkehren aus Angst vor Schläge. Die Gemeinde nahm sich des Jungen an und schickte ihn in eine Anstalt, wo er sich jetzt noch befindet. Die Kosten für die Verpflegung zahlt die Gemeinde. Sie ahnte nicht, daß sie durch dieses Liebeswerk mit einer anderen Gemeinde in Konflikt geraten und ihr dieserhalb wegen Aufbürdung noch weiterer Lasten der Prozeß gemacht werden würde — die Frau zog, nachdem ihr Mann sie verlassen, nach Breslau und führte hier ein liederliches Leben. Sie gebar drei uneheliche Kinder, für die die Stadt sorgen muß. Vorläufig hat der Armenverband für die Frau und deren Kinder an Unterstützung 99 Mark gewährt und diesen Betrag fordert der Armenverband nun von der Rosenthaler Gemeinde, indem er sich auf eine Gesetzesbestimmung stützt, wonach die Personen, die von einem Orte, wo sie ihren Unterstützungswohnsitz hatten, verziehen, ihre Unterstützungsberechtigung an dem Orte nicht verlieren, wenn die Gemeinde des Ortes fortlaufende Unterstützung an sie zahlt. Die Stadt behauptet, daß hier dies zutrifft, die Gemeinde Rosenthal unterstützt die Frau fortlaufend dadurch, daß sie die Kosten für den Sohn trägt, folglich sei sie auch verpflichtet, für die Frau und die unehelichen Kinder die Unterstützung zu zahlen. Die Gemeinde Rosenthal behauptet dagegen durch ihren Rechtsbeistand, zur Tragung weiterer Lasten nicht verpflichtet zu sein; das Kind sei nicht aus Not oder körperlicher Pflege wegen in eine Anstalt gebracht worden, sondern weil es furchtbar mißhandelt worden war. Den Charakter als öffentliche Unterstützung habe die Unterbringung des Kindes nicht gehabt. Die Frau habe sich in Breslau niedergelassen, da ihren Unterstützungswohnsitz erworben, und somit mußte schon die Stadt für sie sorgen. Es wurde noch festgestellt, daß der Junge der Mutter, trotz deren Widerstandes entzogen wurde. Der Bezirksausschuß entschied zu Gunsten des Armenverbandes Rosenthal. Er nahm an, daß eine öffentliche Armenunterstützung im Sinne des Gesetzes nicht vorgelegen habe und somit die Frau bezw. die Stadt, Ansprüche an die Gemeinde nicht habe.

* **Spartenversammlung der Buchdrucker.** Am Sonntag fand in den Tivolisälen eine allgemeine Versammlung sämtlicher Sparten der Buchdrucker statt, die sich mit der Kölner General-Versammlung des Verbandes und der dort behandelten Spartenfrage befaßte. Kollege Haertel hatte das Referat übernommen und schilderte in übersichtlicher Weise, wie der Streit zwischen den Sparten und dem Zentral-Vorstande entstanden sei. Von beiden Seiten sei wohl gefehlt worden. Der wohlüberlegte Vortrag fand reichen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich sämtliche Breslauer Spartenführer und schilderte jeder einzelne, wie nervenzerrüttend die Beschäftigung sei, speziell die der Maschinensetzer und der Korrektoren. Jeder der Redner bemühte sich, sachlich die Kölner Generalversammlung zu beurteilen, so daß gewisse Schärfen, die selber in Köln zutage getreten sind, hierbei vermieden wurden. Von der Annahme der eingebrachten Resolution wurde abgesehen. Das vollständige Protokoll soll abgewartet werden. (Unter Sparten versteht man im Buchdruckgewerbe die Korrektoren, Maschinensetzer, Maschinenmeister, Stereotypeure ꝛc.)

* **In die Diskussion über den schäbigen Renngewinn,** welche die „Volkswacht" eröffnet hat, treten jetzt auch die bürgerlichen Blätter langsam ein. Die „Breslauer Ztg." bemerkt dazu in ihrer Sonntagnummer:

„Bekanntlich hat sich der Gewinner des Pferdes beim Verlosungsrennen am Sonntag nicht gemeldet, am Montag aber bei der Versteigerung nur 620 Mk. erzielen können, von denen er noch 417 Mk. für Lossstempel abgeben mußte, so daß ihm 203 Mk. übrig blieben. Die Rennleitung hat diesen lächerlich niedrigen Gewinn freiwillig auf 400 Mk. erhöht. Wenn in einem hiesigen Blatte mitgeteilt wird, daß der Rennverein künftig Fürsorge treffen will, daß der Gewinner mindestens 500 Mk. bar erhält, so muß man fragen, warum er diese minimale Fürsorge nicht bereits in diesem Jahre getroffen hat. Aber es drängen sich andere Fragen auf, die ja in diesem Jahre nicht zum ersten Male auftauchen. Wie ist es möglich, daß ein siegreiches Rennpferd bei einer Auktion 620 Mark bringt? Es gibt doch nur zwei Möglichkeiten, da wir die dritte, daß es sich nur um eine Scheinauktion handelt, wohl ausschalten dürfen. (?) Entweder der Rennplatz ist nicht der Ort und der jetzige Versteigerungsmodus nicht die richtige Art für eine derartige Auktion, dann muß der Verlauf anders inszeniert werden; oder aber das Pferd ist wirklich nicht mehr wert als 620 Mk. (oder wie bei vielen früheren Verlosungsrennen 800 bis 1000 Mk.), dann braucht sich niemand zu wundern, wenn auch auf der neuen Rennbahn nur herzlich wenig Pferde erscheinen. Welches ernstliche sportliche Interesse soll vorliegen, Rennen zu beschicken, bei denen siegreiche Pferde einen Wert von 620 Mark repräsentieren? Hat man denn kein Empfinden dafür, daß man sich dadurch nicht nur in Breslau, sondern auch außerhalb dem Fluch der Lächerlichkeit aussetzt?

Aber auch die übrigen Propositionen dieser Verlosung verdienen Beachtung, wobei wir nicht einmal auf das Mißverhältnis zwischen dem Erlös für die Losbillets und dem einzigen Gewinn hinweisen wollen, da ja schließlich das Los außerdem den Wert einer Eintrittskarte repräsentiert (allerdings dann eigentlich nicht tagelang vorher als Los verkauft werden sollte!) Aber wo gibt es sonst noch in der Welt eine Lotterie, bei der sich der einzige Gewinn immer mehr verringert, je bessere Geschäfte die Veranstalter der Lotterie machen? Der Gewinner muß ein Viertel des Lossstempels tragen; je mehr Lose also verausgabt werden, um so mehr muß er von seinem Gewinn abgeben. Kann man sich unsinnigere Lotteriebedingungen vorstellen? Es wird also nicht damit abgetan sein, daß man einen Minimalgewinn von 400 Mark garantiert, sondern man wird die Propositionen von Grund aus ändern müssen, zunächst dadurch, daß man überhaupt keine Abzüge macht, dann aber auch dadurch, daß man so kläglicher Auktionsergebnisse verhindert; etwa dadurch, daß der Gewinner des Rennens das erste Gebot in der Höhe des halben Rennpreises abgeben muß."

Die Klagen über die sonderbaren „Gewinne" gehen schon seit fünfzehn Jahren und Vorbeugungsmaßregeln hätte der Rennverein schon lange treffen können. Aber das kostet Geld — und da würde Schönheit des Publikums viel schneller zum Ziele führen. Wägen die Beteiligten ihre Rennen unter sich machen, dann können sie keine Dummen mehr hineinlegen.

* **Der gestrige Ballonaufstieg** hatte eine große Anzahl von Zuschauern nach dem Grundstück der Gasanstalt an der Trebnitzer Chaussee gelockt und auch die benachbarten Straßen waren von Menschen dicht belebt. Um 7 Uhr 40 Minuten war die Füllung des Ballons beendet und pünktlich um 8 Uhr konnte der Aufstieg erfolgen. Außer dem Führer des Ballons hatten ein Offizier und zwei Damen in der Gondel Platz genommen. Der Ballon erhob sich erst langsam von der Erde, als dann aber noch auf dem Gasanstaltsgrundstück zweimal Sand ausgeworfen worden war, schoß er rasch in die Höhe. Die Fahrt ging nach Norden, über Rosenthal hinweg, eine Fernfahrt à la Budapest dürfte aber bei dem leichten Winde nicht zustande gekommen sein. Der Ballon schien sich von Breslau nur sehr ungern zu entfernen. Nach einer Stunde war er vom Hatzfeldwege aus noch bequem zu beobachten und selbst nach anderthalb Stunden tauchte er für ein gutes Auge manchmal noch als kleines Pünktchen aus dem Dunst des Horizonts hervor. Die Landung dürfte demnach in der Provinz Posen vor sich gegangen sein. Die Teilnehmer werden bei so schönem Wetter freilich aus kühler Höhe einen prächtigen Rundblick auf die im Sonnenbrand schmachtende Erde genossen haben.

Die Landung ist, wie inzwischen bekannt geworden, gegen 1 Uhr Mittags auf russischem Gebiet erfolgt, und zwar bei Kalisch an der posenschen Grenze.

† **Landarbeiters Ende.** Der Dominialarbeiter Glatz aus Schönborn machte Sonntag früh durch Erhängen seinem Leben ein Ende. Genau acht Tage vorher hatte sein Schaffer Fröhmer die Zustände auf dem Dominium Schönborn als paradiesisch schön geschildert. Welche Motive den Mann zu der Tat getrieben haben, ist nicht bekannt. Aus Uebermut oder wegen der gepriesenen wirtschaftlich schönen Verhältnisse ist diese Tat sicher nicht erfolgt. Innerhalb dreiviertel Jahren der zweite Fall, der sich auf dem Gute des Junkers v. Gossow abspielte. Erst der Halbinvalide Heinrich Joachim, jetzt der Halbinvalide Glatz. Herr Barbier Boin sieht aber, daß die Leute lieber den Tod, als sein von ihm gelobtes Altersasyl vorziehen.

Aus Schlesien und Posen.

Zum Liegnitzer Wahlprotest.

Der sozialdemokratische Kreis-Vertrauensmann des Wahlkreises Liegnitz-Goldberg-Haynau und Vorsitzende des Wahlvereins Liegnitz teilt uns mit, daß Genosse Fritsch den Wahlprotest gegen die Wahl der Abgeordneten Fischbeck und Bittmann ohne Rücksprache mit der Partei-Organisation von Hamburg aus eingelegt hat. Die Parteigenossen, die sich in ihrer nächsten Versammlung mit dieser Sache beschäftigen werden, lehnen jede Verantwortung für diesen Schritt ab.

Auch wir können nicht begreifen, wie Genosse Fritsch, der schon bei der Abgeordnetenwahl die disziplinwidrige Haltung einzelner Genossen herbeiführte, solche Aktionen auf eigene Faust unternehmen kann. Dem Parteivorstand in Berlin hat er ebenfalls erst nachträglich davon Kenntnis gegeben.

Steine statt Brot.

Die in der Schweidnitzer Handelskammer organisierten Unternehmer haben nun ebenfalls, gleich berühmten Vorbildern, ihr warmfühlendes Herz für ihre Arbeiter und sonstigen Angestellten entdeckt. „Alle diejenigen, die sich durch langjährige treue Dienste bei ein und demselben Arbeitgeber ausgezeichnet haben, [illegible] Der Ältestälter wurde verhaftet. Anscheinend handelt es sich um die Tat eines Geisteskranken.

werden." So beschlossen in der letzten Sitzung der Handelskammer. Den Reigen der Gefoppten wird ein Maschinenfabrik eröffnen, der seit zirka 40 Jahren bei der Firma Petrik auf der Breslauerstraße beschäftigt ist. Und um der ganzen Mitleid die Krone aufzusetzen, bemerkte der Vorsitzende, Herr Kommerzienrat Kauffmann aus Wüstegiersdorf unfreiwillig vielleicht mit Zynismus: „Wir ahnten ja nicht, daß sich die Sache so billig mache, sonst hätten wir uns schon längst damit befaßt." Man wird sich diese beleidigende Aeußerung merken müssen, denn sie zeigt deutlich, wie hoch oder richtiger gesagt wie tief die Arbeiter von den Unternehmern eingeschätzt werden.

Auch vor umstürzlerischen Plänen scheut man sich nicht, wenn es die Wahrung der eigenen Interessen gilt. Dieses Mal ist es der Provinziallandtag, der den Herren Kummer macht und dessen Zusammensetzung ihnen viel zu viel agrarisch angehaucht erscheint. Sie erstreben daher nichts mehr und nichts weniger als eine Umkrempelung der bestehenden Kreisordnung und beschlossen, sich mit anderen umstürzlerischen Elementen, wie z. B. die Oppelner Handelskammer u. a. m. in Verbindung zu setzen. Sie erhoffen dadurch, den im Stillen verhaßten Junkergenossen, die an der Reichstafel gegenwärtig an erster Stelle sitzen, gehörig in die Suppe spucken zu können.

Ohlau, 12. Juli. **Vom Arbeiter-Kasino-Verein.** Der Arbeiter-Kasino-Verein hat am Dienstag voriger Woche den Betrieb im Gasthof „Zur Stadt Oels" übernommen. Die Mitglieder, welche sich aus allen Ständen zusammensetzen, haben bereits die Zahl 700 überschritten. — Inzwischen wird sich wohl auch die Behörde davon überzeugt haben, daß der gegen die Arbeiterbewegung geführte Schlag ein Schlag ins Wasser war.

Brieg, 13. Juli. **Wahlverein.** Der in der vorigen Versammlung beschlossene Ausflug findet am 26. Juli, Nachmittags ½2 Uhr, mittels Sonderzuges nach Ohlau statt. Daselbst werden im Garten und Saale des Gasthauses „Stadt Oels" die Arbeiter-Gesangvereine von Brieg, Ohlau und Breslau, sowie eine Musikkapelle zur Unterhaltung beitragen. Der Preis für die Hin- und Rückfahrt, sowie für das Konzert beträgt pro Person 85 Pfg. Karten sind bei den Vorstandsmitgliedern wie den Bezirksführern von Dienstag, den 14. Juli, ab zu haben. Wir ersuchen die Genossen, sowie die gesamte Arbeiterschaft von Brieg, sich recht zahlreich bei diesem Ausfluge zu beteiligen, und die Karten sobald als möglich zu kaufen, da der Zug rechtzeitig bestellt werden muß. Agitiert für einen Massenausflug!

Liegnitz, 12. Juli. Ein bei einer auf dem Wilhelmsplatz wohnenden Herrschaft beschäftigtes Dienstmädchen wollte dieser Tage ihren Morgenkaffee kochen und stellte zu diesem Zweck den Spirituskocher auf einen Rohrstuhl. Inzwischen begab sich das Mädchen in ein anderes Zimmer und vergaß ganz ihren brennenden Spirituskocher. Plötzlich bemerkte die Unvorsichtige Brandgeruch und eilte nun zurück, wo sie zu ihrem Entsetzen sah, daß der Spirituskocher zu Boden gefallen war und der brennende Inhalt sich über die Diele ausgebreitet und mehrere Möbelstücke in Brand gesetzt hatte. Da die Herrschaft verreist war, gelang es dem Mädchen erst nach einiger Zeit, den Brand durch Wasser und Decken zu ersticken, wodurch es sich auch verschiedene Brandwunden an den Händen zuzog.

Lüben, 13. Juli. **Rücksichtslose Gesellen.** Dieser Tage wurde der Gütenarbeiter Wiemer auf dem Wege von Kotzenau nach Neuhammer von einem von Kotzenau kommenden Automobil überfahren. Die Insassen des Automobils kümmerten sich nicht im geringsten um den Ueberfahrenen, sondern rasten nach Neuhammer weiter, von wo sie, wie festgestellt wurde, nach Greulich wollten. Auf das Hilfegeschrei des Verunglückten kam der Stellenbesitzer Oskar Fechner, der sich in der Nähe auf seinem Jagdrevier aufhielt, herbei und half dem Ueberfahrenen nach Hause. Hoffentlich werden die wilden Autofahrer bald ermittelt.

Weißwasser, 12. Juli. **Sehr human!** Der Fabrikverkaufsmann der Glasfabrik Dr. M. Schweig erhielt folgendes Schreiben: „Da Sie wohl in absehbarer Zeit noch nicht arbeitsfähig sein werden und ich die von Ihnen innehabende Wohnung benötige, bedauere ich, Ihnen hiermit kündigen zu müssen und bitte Sie, für rechtzeitige Räumung der Wohnung Sorge zu tragen. Achtungsvoll Glasfabrik Dr. Martin Schweig." Da Herr Dr. Schweig zurzeit mehrere Fabrikwohnungen leer stehen hat, ist es merkwürdig, daß er gerade die Wohnung des Vertrauensmannes der organisierten Arbeiter so sehr benötigt. Vielleicht wollte er gerade mit der Kündigung die Organisation treffen? Damit dürfte Herr Dr. Schweig keine große Wirkung erzielen, höchstens die, daß die Arbeiter wissen, was sie von ihm zu halten haben.

Preußisch-Herby, 12. Juli. **Im Eisenbahnzuge ermordet.** Auf der Strecke Russisch-Herby-Czenstochau wurde der 19jährige Gymnasiast Elwertowski von einem Unbekannten erschossen. Der Mörder sprang aus dem Zuge, konnte aber festgenommen werden.

Neisse, 12 Juli. **Konkurs einer Genossenschaft.** Ueber das Vermögen der Neuländer Konservenfabrik und Molkerei-Genossenschaft, E. G. m. b. H. in Mittelneuland bei Neisse, ist das Konkursverfahren eröffnet worden, bevor die mit großer Reklame vor Jahresfrist gegründete Genossenschaft überhaupt dazu kommen konnte, die ersten eigenen Konserven auf den Markt zu bringen. Das Unternehmen scheiterte an der Uneinigkeit der Mitglieder, die in mehreren Versammlungen wegen Maßnahmen des Vorstandes arg aneinander gerieten. Wie verlautet, wird jeder Genosse mit einem Teil seiner Haftsumme antreten müssen. — Wieder kein sozialdemokratisches Unternehmen. — Einen eigentümlichen Tod erlitt der 43jährige Ziegeleiarbeiter Julius Wagner aus Ritterswalde. Er wurde am Montag früh in seiner Wohnung tot auf der Diele liegend aufgefunden, und da die Annahme nicht von der Hand zu weisen war, daß er keines natürlichen Todes gestorben sein könnte, erfolgte nach einigen Tagen die gerichtsärztliche Sektion der Leiche. Diese ergab, daß beim Liegen auf der blanken Diele Speisen aus dem vollen Magen in die Speiseröhre und von da in die Luftröhre gelangt waren, wodurch der Erstickungstod herbeigeführt wurde.

Groschowitz, 12. Juli. **Verbrannt.** Freitag Vormittag hörte der Gastwirt Seifert auf dem Hofe seines Nachbarn laute Weherufe einer Kinderstimme. Er eilte auf den Hof und sah das 4jährige Töchterchen seines Nachbarn Josef Schekula in hellen Flammen dem Hause zustürzen. Trotzdem er versuchte, die Flammen mit seiner Fleischerschürze zu ersticken, war es schon zu spät. Das arme Wesen hatte so gräßliche Brandwunden erlitten, daß es nach dreiviertelstündigem qualvollen Leiden starb.

— Ein größerer Brand wurde durch die Umsicht einer Feldwache des Infanterie-Regiments Nr. 63 in der Nähe der Blockstation Chrokerina verhütet. Durch den Funkenauswurf der Lokomotive eines vorüberfahrenden Schnellzuges geriet eine Hecke in Brand, der sich, begünstigt durch den starken Wind, auf ein nahes Roggenfeld schnell fortpflanzte. Die Soldaten arbeiteten mit ihrem Schanzzeug dem Feuer entgegen und es gelang ihnen, dieses zu ersticken.

Martinswaldau, 12. Juli. **Von einem Ochsen getötet.** Auf schreckliche Weise aus Leben gekommen ist der Rentier Karl Gerstmann. Als derselbe, bei seinem Sohne wohnhaft, am frühen Morgen in den Stall ging, um dem Rindvieh Futter zu geben, wurde ein Ochse wild und stieß den 65jährigen Mann mit seinem Kopfe mehrmals mit solcher Gewalt gegen die Krippe, daß G. sofort sein Leben aushauchte und tot umfiel. Er hatte neben vielen Rippenbrüchen auch schwere innere Verletzungen erlitten.

Ziegenhals, 12. Juli. **Attentat in der Kirche.** Ein aufregender Vorfall spielte sich am letzten Sonntag in der katholischen Kirche in Ziegenhals während der Frühmesse ab. Ein Kirchenbesucher hatte einen großen Stein mit sich gebracht und schleuderte diesen plötzlich während des Gottesdienstes gegen den Kirchenvater.

Bangenbielau, 12. Juli. **Waldbrand.** Gestern Nachmittag gegen 8 Uhr brach auf einem Berge unweit des „Goldenen Sieb" ein Waldbrand aus. Bei den Löscharbeiten wurde, wie die „Schles. Zeitung" meldet, der Waldarbeiter Büttner von den sich schnell ausbreitenden Flammen umzingelt, so daß seine Kleider Feuer fingen und bald über und über brannten. Die Holzhändlerin Schmidt aus Langenbielau sprang dem alten Mann zu Hilfe und riß ihn aus den Flammen heraus, wobei sie selbst einige Verletzungen erlitt. Büttner, der schwere Brandwunden erlitten hat, wurde, nachdem ihm die erste ärztliche Hilfe zuteil geworden war, nach dem evangelischen Krankenhause übergeführt. Gegen 6 Uhr war der Brand gelöscht.

Königshütte, 11. Juli. **Lohnbewegung der Bergarbeiter.** Auf der Deutschlandgrube in Schwientochlowitz werden die Schächte I und II bis zu den tieferen Sohlen nachgeteuft. Diese Arbeiten werden von einer Unternehmerfirma R. Meyer aus Mühlheim an der Ruhr ausgeführt. Gearbeitet wird in beiden Schächten achtstündig zu je drei Dritteln. Diese Belegschaft — es kommen ungefähr 34 Mann in Betracht — ist gestern in eine Lohnbewegung eingetreten, weil ihnen für diese gefährliche, nasse, ungesunde Arbeit 4,50 bis 5,48 Mark ausgezahlt wurde. Nur der Drittelführer und der Schießmeister bekamen 50 bezw. 25 Pfg. mehr pro Schicht. Im Monat Mai verdienten die Leute für dasselbe Gedinge noch durchschnittlich eine Mark mehr pro Tag, weil das Gebirge aus Schiefer bestand und der Wasserzustrom noch nicht so groß war. Jetzt haben sie Sandsteingebirge und müssen pro Schicht 14 bis 22 Kübel Wasser herausfördern, während sie früher nur 4 bis 6 Kübel Wasser pro Schicht herauszuschaffen hatten. In Schacht I mußten sogar bis 30 Kübel Wasser pro Schicht beseitigt werden. Das bedeutet eine sehr wesentliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und erforderte selbstverständlich eine Verbesserung des Gedinges. Anstatt dessen wurde den Bergleuten zugemutet, nun noch billiger zu arbeiten. Dazu kam, daß man das neue Gedinge erst am 3. Juli abschließen wollte und dann auch nur mit zwei Dritteln der Belegschaft, während die anderen vier Drittel von dem Gedingeabschluß gar keine Kenntnis erhielten. So war es auch im Vormonat. Da solche außerordentlich schwierige, nasse Arbeit gewöhnlich mit 7 bis 8 Mark pro Schicht bezahlt wird, so konnten die Kameraden unter keinen Umständen darauf eingehen; weil sie von diesem Lohne sich erst noch das wasserdichte Zeug selbst anschaffen müssen. So haben sie am 9. Juli die Anfahrt verweigert und verlangten Gedingeabschluß. Da die Sache zu keinem annehmbaren Abschluß kam, so haben die meisten von ihnen gekündigt. Außerdem gab es noch keine Gelegenheit, die durchnäßten Sachen zu trocknen; in einem kleinen Loche, unten an der Maschinenstube (5 Meter lang und 1½ Meter breit) war dazu nicht Raum genug, und außerdem wurden dort noch Sachen entwendet; sodaß verschiedene das nasse und schmutzige Gelumpe entweder in der Hand oder auf dem Leibe zu Hause schleppen mußten.

Dazu kamen noch andere Mißstände, so das fortgesetzte Antreiben durch die „Oberaufseher". Am 9. Juni war durch einen Schuß ein 2½ Meter langes Halbholz aus der Sicherheitsbühne zertrümmert. Die Leute fuhren ein und sahen erst von unten, wie das große Stück Holz über ihren Köpfen schwebte. Wäre das herunitergefallen, so konnten unten ein paar Mann erschlagen oder doch schwer verletzt werden. Im Juli hatte der Oberaufseher das Holz schief eingehangen; dadurch wurden drei „Kränze" schief eingebaut. Diese mußten dann wieder umgebaut werden, was für alle drei Drittel zwei Tage Arbeit ausmachte. Die Arbeiter sind nun der Ansicht, daß die Firma davon nichts erfahren sollte, und die dadurch versäumte Arbeit durch die Gedingereduzierung wieder ausgeglichen werden sollte. Alle diese Mißstände haben zur Kündigung geführt. Durch eine gemeinschaftliche Klage hoffen sie zu ihrem Gelde zu kommen.

Natürlich werden die Agenten der Firma jetzt andere Bergleute suchen, ihnen große Versprechungen usw. machen; die Kameraden mögen aber aus Vorstehendem gewarnt sein und auf den Leim nicht gehen, damit sie nicht vom Regen in die Traufe kommen. Wenn hier etwas zu verdienen wäre, würden die Leute nicht gekündigt haben, denn es wechselt niemand gern ohne Grund seine Arbeit. Vor Zuzug wird gewarnt.

Beuthen, 12. Juli. **Benzin-Explosion.** Freitag Nachmittag 5 Uhr entstand in dem Grundstück Hedwigstraße 14 durch Explosion eines Benzin-Ballons ein Kellerbrand. In der dort befindlichen Drogerie hatten der Lehrling und der Laufbursche den Auftrag, den Inhalt des Benzin-Ballons in den eisernen Behälter umzufüllen. Bei dieser Arbeit erfolgte plötzlich ein gewaltiger Knall und der ganze Raum war von einem Flammenmeer erfüllt. Der Laufbursche erlitt ganz erhebliche Brandwunden an Armen, Beinen und Gesicht, während der Lehrling mit leichten Verletzungen davonkam. Beide wurden sofort durch Feuerwehrleute mit Notverbänden versehen und mittelst Krankenwagen nach dem Stadtlazarett gebracht.

—che. **Posen,** 9. Juli. **Aus dem Stadtparlament.** Das große Millionenprojekt der Elektrizitätsvorlage wurde vom Magistrat zurückgezogen, da dasselbe eine neue Umarbeitung erfahren solle, doch wurden 370.000 Mark zur Anschaffung von Kabeln für die Elektrizitätswerke bewilligt. Ebenso wurden 189.000 Mark für den Bau eines neuen Volksschulgebäudes in Wilda, sowie 80.000 Mark zur Herstellung eines Vorflutkanals in der Nordstraße bewilligt. Das bisher immer wieder verschobene Projekt der Wartheregulierung soll nunmehr erneut aufgefrischt werden. Zur Anlegung eines großen Kinderspielplatzes auf dem Gelände zwischen Paulikirchstraße und Garnisonlazarett wurden 11.500 Mark bewilligt. Verwunderung erregte wieder einmal das Verhalten des Militärfiskus: für ein Stück wertloses Gelände, welches im Besitz der Fortifikation ist, verlangt derselbe eine ungemein hohe Summe. Dem schon erwähnten Projekt der Wartheregulierung tritt der Militärfiskus durch seine hohen Forderungen äußerst hindernd in den Weg. Ein Stück Alt-Posen wird demnächst auch wieder verschwinden müssen. Das letzte der in der Neustadt noch stehenden Tore, das Eichwaldtor, wird, da es in der jetzigen Lage nur verkehrshindernd wirkt, abgerissen werden.

Größeres Interesse für unsere Leser dürfte noch die Einrichtung von Unterrichtskursen für städtische Baupolizeibeamte beanspruchen. Der Referent, Baumeister Sichert, trat im Interesse der Unfallverhütung lebhaft für die Vorlage ein. Es wurden 400 Mark dazu bewilligt und die Abhaltung des Unterrichts dem Direktor der hiesigen Baugewerkschule übertragen. Auch wir begrüßen eine solche Einrichtung, doch haben wir einen einfacheren und billigeren Weg zu diesem Ziel, nämlich die Anstellung von Kontrolleuren aus der Arbeiterschaft. Der vor kurzem in Berlin verstorbene Professor Adler aus Kiel, welcher zwanzig Jahre lang beruflich die moderne Arbeiterbewegung beschimpfte und sich anmaßte, über Marx, Engels, Lassalle und Mehring verächtlich die Achseln zu zucken, hat der Stadt Posen 1000 Mk. vermacht zur Beschaffung von Kohlen für arme Familien im kommenden Winter. Wollte Adler dadurch einen Teil seiner Sünden wieder gut machen? Der Gesellschaft für Anthropologie und Urgeschichte, die im nächsten Jahre ihren Kongreß hier abhalten will, werden 1000 Mark für die Kosten des Empfanges debattelos bewilligt. Hoffentlich sind die Stadtväter ebenso mit der Bewilligung bei der Hand, wenn eine moderne Arbeiterorganisation ihren Kongreß einmal in Posen abhält.

Rawitsch, 12. Juli. **Gefahren der Arbeit.** Auf einem Hofgebäude in der Wilhelmstraße hierselbst führte der Dachdecker Berelewski aus Wilhelmsgrund bei Rawitsch Dachdeckerarbeiten aus. Er trat fehl, stürzte auf den gepflasterten Hof hinunter, wo er schwer verletzt liegen blieb.